

Annahme-Bureau:
In Polen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. G. Krieger & So.)
Breitestr. 14;
in Giesen
bei Herrn Ch. Spindler,
Markt u. Fleischstr. Ecke 4;
Graz bei Herrn J. Steindl;
im Frankfurter a. M.;
S. J. Paape & So.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, Zt. Galien;
Rudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel;
Haarlestein & Vogler;
in Berlin;
A. Helemeyer, Schleswig;
in Bremen: Emil Fabrik.

Posener Zeitung.

Sechsundsechzigster Jahrgang.

Nr. 152.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1 Thlr. 15 Sgr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Montag, 31. März

Zusätze 2 Sgr. die geschweiften Zeilen oder
daran haften beigelegte Reklamen 7½ Sgr. sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Vormittags angenommen.

1873.

Einladung zum Abonnement.

Beim Ablauf des Quartals bringen wir in Erinnerung, daß hiesige Leser für dieses Blatt 1 Thlr. 15 Sgr., auswärtige aber 1 Thlr. 24 Sgr. 6 Pf. als vierteljährliche Prämienrechnung zu zahlen haben, wofür diese mit Ausnahme des Sonntags täglich zweimal erscheinende Zeitung durch alle Postämter des deutschen Reiches zu beziehen ist.

Zur Bequemlichkeit des hiesigen geehrten Publikums werden außer der Zeitungs-Expedition, auch die Herren Kaufleute

Jacob Appel, Wilhelmstraße Nr. 9.
M. Kantorowicz, Schuhmacherstraße 1.
M. Clasen vom C. Maiwald, Lindenstr. Ecke 19.
Victor Giernat, Markt Nr. 46.
M. Gräber, Berliner- und Mühlengasse-Ecke.
H. Knäfer, Ecke der Schützenstraße.
E. Maiwald, Bäckermeister, St. Adalbert 3.

Krung & Fabricius, Breslauerstraße Nr. 11.
Adolph Lass, Gr. Ritterstr. Nr. 10.
H. Krupski, Breitestr. Nr. 14.

J. N. Leitgeber, Gr. Gerberstraße Nr. 16.
H. Michaelis, Kl. Gerberstr. Nr. 11.
H. Berne, Wallstraße Nr. 93.
Jacob Schlesinger, Wallstraße Nr. 73.
M. Eissenzki, Schützenstr. 23.

M. C. Hoffmann, Alten Markt u. Neustr. Ecke.
F. Fromm, Friedrichstr. 36/37 vis à vis der Post.
Wittwe E. Brecht, Bronkerstr. Nr. 13.
Robert Seidel, St. Martin Nr. 23.
Ed. Fekert jun., Berliner- u. Mühlengasse-Ecke 18b.

Prämienrechnungen auf unsere Zeitung pro II. Quartal 1873 annehmen, und wie wir, die Zeitung Vormittag 11½ Uhr, am Nachmittage um 4½ Uhr ausspielen.

Posen, im März 1873.

Die Expedition der Posener Zeitung, Wilhelmstraße 16.

Normal-Zeitung.

Amtliches.

Berlin, 29. März. Der König hat den bisherigen Unter-Staats-Sekretär des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Dr. Achenbach, zum Unter-Staats-Sekretär für das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten; den Reg.-Rath Peine zum Geh. Finanz-Rath und vortragenden Rath im Finanz-Ministerium ernannt; den Bürgermeister Julius Emil Weise zu Naumburg a. S. für diese Amtstellung den Titel als „Ober-Bürgermeister“ der genannten Stadt verliehen.

Beim Gymnasium in Ostrowo ist der Lic. theol. Augustin Jakubowski als katholischer Religionslehrer angestellt. Beim Gymnasium in Pless die Beförderung der ord. Lehrer Dr. Radke, Wiesner und Witte zu Oberlehrern genehmigt worden.

Der Staats-Anzeiger Nr. 78 publiziert das Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft im Betrage von 7.000.000 Thlr. zum Bau der Köln-Gießen-Wiesbaden-ach-Smekataler-Neckartal-Neckar-Elz- und der festen Rheinbrücke bei Kehl, vom 23. Oktober 1872.

Spanische Zustände.

„In Madrid geht eigentlich gar nichts vor“, so schreibt ein Correspondent in diesen Tagen. Von den Frauen sagt das Sprichwort, daß diejenigen die besten sind, von welchen die Welt am wenigsten erfährt. Wenn's um die Hauptstädte ebenso stände, so könnte man den Spaniern Glück wünschen. Allerdings sind die Madrilenes vernünftiger als die Pariser und halten im eigenen Hause selbst gute Ordnung, die Petroleurs sind nicht auf den Straßen von Madrid, sondern unter den Karlisten zu finden, die socialistischen Demonstrationen sind zum Schweigen gebracht, die parlamentarischen Kämpfen verlaufen friedlich, und selbst Rivero und Martos, die Häupter der Republikaner und der Radikalen, haben sich trotz geheimer Nebenbuhler-Schaft geeinigt. Beide Parteien sind damit einverstanden, daß die neuen Wahlen für den Juli ausgeschrieben werden, und in die Besetzung des Exekutiv-Ausschusses und der permanenten Kommission haben sie sich brüderlich getheilt.

Alein was ist von dem allgemeinen Stimmrecht, dieser unter den heutigen Zuständen ungewissen aller politischen Mächte, zu hoffen? Welche Aussichten stehen der einzigen unheilbaren spanischen Republik bevor? Oder was hat man von der föderalistischen zu erwarten?

Niemals wird läugnen, daß die spanische Geschichte und Tradition, der Volkscharakter und die temporäre Lage das einheimische Königthum und den Einheitsstaat begünstigen. Spanien erstieg die Höhe seiner Macht, als nach 500jährigen Kämpfen alle seine Theilstaaten in einen einzigen zusammenwuchsen. Dann folgten vierthalb Jahrhunderte einer Monarchie, welche freilich fast den letzten Vorwurf von Macht und Autorität verwirklichte. Über es sind noch nicht vier Jahre verflossen, als die konstituierenden Cortes, gewählt unter dem Eindruck des eben gestürzten Thrones, sich mit 214 gegen 71 Stimmen für die monarchische Regierungsförm entschieden; selbst heute, nachdem die Republik einen leichten und schnellen Sieg davon getragen hat, bilden die eignlichen Republikaner nur eine geringe Minderheit der Nationalversammlung. Der begüterte Adel, der Klerus, der behäbige Bürgerstand stehen mit ihren Hoffnungen und Wünschen auf Seiten des Königthums, und die karlistischen und alfonstischen Wühlerieen finden noch immer den ergiebigsten Boden. Wie wenig namentlich die höhere Geistlichkeit von einem freistaatlichen Spanien hofft, geht schon daraus hervor, daß die große Mehrzahl der spanischen Bischöfe, welche auf dem vatikanischen Konzil so eifrig die Infallibilität des Papstes defektierten, — es waren ihrer 41 zugegen — dem Knaaben Alfonso mit nicht geringerem Eifer den Hof machten. Nachdem nun der frische König gründlich Fiaso gemacht, muß man zugestehen, daß die Chancen der beiden Präsidenten, sei es Don Karlos oder Alfonso, der Sohn Isabellas, gestiegen sind.

Andrerseits führen sich die Republikaner Spaniens nicht auf jene gesichtlichen Antecedentien, welche ihren politischen Glaubensgenossen in Frankreich zur Seite stehen, und was ihre Organisation betrifft, so

hat die Schilderhebung vom Herbst des Jahres 1869 die Mängel derselben erwiesen. Sie sind nicht bloß bestagt, sondern auch uneinig und gegen ihre Führer misstrauisch daraus hervorgegangen. Eine Republik im Lande Philipp II! Dem edlen Castellar mag diese Staatsform immerhin als die beste und dienlichste, als ein politisches Ideal vorschweben, aber die Bauern in der Mancha, die Fabrikarbeiter in den großen Städten, die Schmuggler in Malaga sehen die neue Sache mit andern Augen an; sie verlangen Grundbesitz durch Theilung der großen Güter oder Lohn ohne Arbeit.

Die föderalistische Republik endlich möchte wohl bei jenen nüchternen Schweizer Bauern oder bei den betonten und abgehärteten Aniedlern Nordamerikas Wurzel fassen, aber den heilsamsten und im Ganzen ungebildeten und bigotten Spaniern passt sie wie die Faust aufs Auge. Der Patriarch der spanischen Republikaner, Orense, stellte zuerst im Jahre 1869 den Antrag, eine föderativ-Republik zu errichten. Die „Regierung des Volkes durch das Volk“ — das war der Grundzug seines Antrags. Die Zivilstatthalter, Provinzen wie die Kommunalvorsitzenden sollten durch allgemeine Wahl gewählt und das Volk bewaffnet werden. Das Manzipat und die Provinz sollte das Recht für alles, was nicht gegen den Nationalstaat sei; der Föderalismus sei die wahre Decentralisation. Die Ortsausschüsse sollten durch allgemeines Stimmrecht Vertreter in die Bezirksausschüsse, diese in die Provinzial-Ausschüsse und diese in die allgemeine Versammlung der verbündeten Provinzen schicken, aus der in der letzten Instanz die allgemeine Staatsvertretung hervorgehen sollte.

So erstanden denn alle jenen lockenden Schlagwörter und machten Runde durch die Dörfer des Landes: Abschaffung des siegenden Heeres, Steuerermäßigung, Selbstverwaltung und Decentralisation. Jetzt verlangen die Föderalisten schon die Entlassung aller Verwaltungs- und richterlichen Beamten, welche nicht erprobte Republikaner sind. Sie wollen ihre Regierung mit Gewaltmaßregeln einführen und eher zu Grunde gehen als eine „Regierung ohne Ehre“ haben. „Unsre Idee!“, sagen sie, „und wird leben!“ Selbst Figueras und Castellar haben in ihren Reformen, aber diese Radikalen wollen das zusammenzurückende Haus lieber ganz und gar niederkreissen als es stützen. Sie möchten es dahin bringen, daß die Basiten einen König proklamieren, daß die Arbeiter von Barcelona die höchsten Schutzzölle einführen und die Andalusier Freibäume errichten.

Die Spanier erzählen von ihrem Schutzheiligen Jakob von Compostella folgende Legende. Als er in den Himmel kam, erbat und erhielt er für sein Heimatland die löslichsten Gaben: tapfere Männer, schöne Frauen, ein mildes Klima, fruchtbaren Boden u. a. Darauf verlangte er auch eine „gute Regierung“. „Nein, heiliger Mann“, wurde ihm geantwortet, „das ist zu viel verlangt. Wenn Spanien auch eine gute Regierung hätte, dann würden die Engel den Himmel verlassen und sich daselbst ansiedeln.“ Es steht zu befürchten, daß die Himmlichen noch auf lange Zeit Recht behalten. Der Übergang von der Monarchie zur Republik als solcher war verhältnismäßig leicht und schmerzlos; die plötzliche Errichtung der föderativ-Republik aber, wie man sie zu Barcelona und Malaga träumt, wäre der Beginn des Chaos.

Narvaez und Prim sind gestorben, Espejero und Cabrera sind alt und gebrechlich, Serrano und Castellar sind nicht Männer der That. Wo ist der Retter, welcher Spanien in die Fugen bringt? — h.

Deutschland.

Berlin, 30. März. Der Bundesrat wird in seiner nächsten Sitzung den weiteren Bericht der Kommission für Aufhebung der Salzsteuer entgegennehmen, und denselben gleichfalls voraussichtlich den vereinigten Ausschüssen für Zoll- und Steuer-Angelegenheit, sowie für Handel und Verkehr überweisen, denen bereits der erste Bericht mit der Tabaksteuer zugewiesen worden ist. In der Steuerkommission hatte die Erörterung über die erhöhte Besteuerung des Tabaks zu der Überzeugung geführt, daß noch auf andere Gegenstände der Besteuerung zurückzugehen sei, wenn die bei Aufhebung der Salzsteuer ausfallende Einnahme vollständig anderweitig gedeckt werden sollte. Nach dieser Richtung hin war von dem württembergischen Kommissar eine

Erhöhung des Kaffeezölles von 5% Thlr. auf 7 Thlr. in Vorschlag gebracht, doch von der Kommission deshalb abgelehnt, weil sie keinen ausreichend erschien, um den, trotz Erhöhung der Tabaksteuer durch Aufhebung der Salzsteuer entstehenden Ausfall ganz zu decken, obwohl die Kommission einer mäßigen Erhöhung des Kaffeezölles nicht entgegen war. Als zweckentsprechend erkannte dagegen die Kommission die Einführung von Reichsstempelabgaben, von Schatzscheinen (Börsensteinen), man trat darüber in Verhandlung und nahm als Ergebnis derselben schließlich, und zwar mit 5 gegen 1 Stimme, den bezüglichen Gesetzentwurf von 23 §§ an, welcher sich über die Besteuerung von Schlüsseln und Rechnungen, von Lombarddarlehen, von in- und ausländischen Wertpapieren verbreite. Das Nähere über den Entwurf (siehe unter Staats- u. Volkswirtschaft). Das dissentirende Mitglied war der Hamburger Deputat Herr A. R. Bacharias, welcher an die Stelle des abgewichenen Konsuls Meyer von Bremen getreten war. Dem Gesetzentwurf ist ein Tarif der Steuertypen von den drei gedachten Gruppen beigegeben. Die Motive führen aus, daß das Gesetz im Wesentlichen auf denselben allgemeinen Erwägungen beruht, welche den Börsensteinen-Gesetz vom 3. Dec. 1869 zu Grunde lagen. Diese neue Form der Steuer wird angeblich des in den letzten Jahren eingetretenen Aufschwungs der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland als der Biligkeit und Gerechtigkeit entsprechend bezeichnet, welches wohl noch mehr als früher auf allgemeine Anerkennung zu rechnen haben würde. Die Motive verbreiten sich namentlich darüber, daß die Börsensteinen nur im Wege der Reichsgesetzgebung und nicht im Wege der partikularen Gesetzgebung der Einzelstaaten geregelt werden kann. Endlich wird die Thatache betont, daß unter den Mitteln zur Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs dieselben vorzugsweise zu befürworten sind, durch welche die Finanzen der einzelnen Staaten keine tiefgreifende Störungen erleiden. Die Motive machen es sich sodann zur Aufgabe, dem Bedenken zu begegnen, daß durch die Börsensteinen eine Vertheuerung und Erhöhung der einzelnen Geschäfte zu fürchten sei, geeignet, den inländischen Börsenverkehr und mittelbar die inländische Produktion zu hemmen, sowie andererseits, daß der kaufmännische Verkehr die Bestimmungen des Gesetzes umgehe, dadurch eine kaum nennenswerthe Einnahme erzielt werde und der Versuch sich im Ganzen genommen nur als ein törender, aber erfolgloser Eingriff in die Gestaltung des Verkehrs darstellen würde. Voralways soll die Steuer jährlich 11 Millionen Thaler ergeben.

□ Berlin, 30. März. Die erste Berathung des Künzgesetzes kam gestern zu Ende, ohne daß erheblich viel Neues vorgebracht wäre. Nur die auch von Braun (Gera), Unruh (Magdeburg) und Anderen betonte Notwendigkeit, schnell mit einem Banknotengesetz vorzugehen, welches dem System der ungedeckten Banknoten ein Ende macht, und die ungenügende Erklärung, welche hierauf der Bundesrats Commissarius Geh. Rath Dr. Michaelis abgab, dünkt einer besonderen Hervorhebung verdienten. In der ganzen Diskussion haben die Freiconservativen und die Fortschrittspartei völlig geschwiegen, was wohl als ein Beweis eines in den wesentlichsten Punkten bestehenden Einverständnisses mit der Vorlage angesehen werden kann. Von der conservativen Partei bat nur der Stadtrath Wilmanns geredet, welcher sich, da er sein Mandat der confusen Agitation für landwirtschaftliche Interessenvertretung verdankt, bei jeder volkswirtschaftlichen Frage veranlaßt fühlt, seinen Wählern zu zeigen, daß er über Derartiges Reden zu halten fähig ist. In immer größere Sonderbarkeiten verliert sich der nationalliberale, einstmals ganz praktische Landschaftsdirektor Sombard vom Harze; seine Namensvorschläge Kloppe für 10 Mark (3½ Thlr.) und Michel für 10 Mark (1 Groschen) werden wohl nirgends anderen Eindruck als den der Heiterkeit machen. Die Klerikalen stellten als Redner nur den Freiherrn Otto von der Poe, der sich neulich, als er die Diätenfrage mit obligaten Schimpfreden auf das preußische Abgeordnetenhaus in einer Geschäftsordnungssrede zu behandeln versuchte, bereits als ein enfant terrible der Klerikalen kennlich gemacht hatte. Deren Centralorgan, die „Germania“, fühlt bereits heute die Notwendigkeit, davor zu warnen, daß man diesen hizigen Freiherrn Otto mit seinem zehn Jahre älteren

Better Freiherr Felix Max von der Loe verwechsle. Lesterer, der 1867 zur Disposition gestellte Landrat des Clever Kreises und preußischer Abgeordneter für Sieg-Mühlheim-Wipperfürth (Spezialkollege des alten Herrn von Gerlach) ist der Präsident des Mainzer Vereins, nicht der Reichstagsabgeordnete. Lasker's Interpellation, betreffend die Missbräuche bei Gründung und Bewaltung von Aktiengesellschaften ist auch von mehreren preußischen Abgeordneten unterzeichnet, welche in erster oder zweiter Reihe mit unter denjenigen Politikern aufgeführt zu werden pflegen, die sich bei Gründungen zweifelhafter Art beteiligt haben. Es ist möglich, daß die Geschäfte, an denen sie mit großen Geldeinnahmen noch jetzt betheiligt sind, besser sind, als ihr Ruf. Jedenfalls ist es im allgemeinen Interesse, daß Lasker das Sündenregister wider die faulen Gründer bald vom Stab läßt, damit das Urtheil des Publitums über die Unterscheidungsmerkmale zwischen guten, vertrauenswürdigen, reellen Gründungen und zwischen faulen und schwindelhaften geschärft werde und damit das über einigen Politikern schwebende Damoklesschwert endlich niedersalle. Man will wissen, daß die bevorstehende Lasker'sche Rede wahrscheinlich wiederum eine Untersuchungs-Commission, und zwar des Bundesrathes zur Folge haben werde. Bei seinen Ansichten über Aenderung der Aktiengesetzgebung dürfte Lasker übrigens die Unterstützung manches Liberalen entbehren müssen, der sonst ihn bei seinem Vorgehen gegen den Schwindel treulich unterstützt. — Die Fortschrittspartei des Reichstages entbehrt einer ganzen Reihe von Mitgliedern wegen deren erheblicher Erkrankung. Ich nenne Kramer, den Abg. für Nürnberg, Professor Gerstner, den Abgeordneten für Würzburg, Professor Hönel, den Abgeordneten für Kiel, Rechtsanwalt Schenk, den Abgeordneten für Wiesbaden, und endlich Freiherrn v. Hoyerbeck, den Abgeordneten für Ortsburg-Sensburg. Bei mehreren derselben ist leider auch keine Hoffnung vorhanden, daß sie, wenn gleich sie auf dem Wege der Genesung sind, nach den Osterferien in den Reichstag eintreten. In Betreff des vielvermiedenen Freiherrn von Hoyerbeck aber ist die Aussicht auf sein Erscheinen begreiflich.

Der Magistrat der Hauptstadt hatte am 22. März an den Deutschen Kaiser und König nachfolgende Glückwunscharesse gerichtet:

Werdurchlauchtigster Großmächtigster Kaiser und König, Allergrödigster Kaiser, König und Herr!

Mit dem Beginn des lebenwenden Frühlings unzertrennlich verknüpft ist für uns der Antritt eines neuen Jahres des uns so heurenen Lebens Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät. Nicht ohne Kampf der Naturmächte vollzog sich der Umschwung der Jahreszeit. Aufs auf geistigem Gebiet bleiben uns die Kämpfe nicht erspart. Möge die feste Überzeugung, daß der gesunde Sinn des weit aus überwiegenden Theils der Bevölkerung einig ist in der Verwendung der dem Aufblühen und der Entwicklung des jungen Deutschen Reiches feindlicher Bestrebungen, Ew. Kaiser und Königl. Majestät immerdar stärken an dem Kampfe gegen das Treiben einer Partei, die ihren Schwerpunkt außerhalb des Vaterlandes sucht. Segne der Ewig. Kaiserliche und Königliche Majestät fortwährend mit altherwähnter Kraft und Friste und lasse Allerböschigkeiten auch in Ero erlauchtem Hause noch die so frohe Ereignisse erleben, wie es die jüngste Vergangenheit gebracht und die nächste Zukunft in Aussicht stellt. Mit diesem übigen Wunsche verharren wir als Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät u. c.

Hierauf ist folgendes Antwortschreiben eingegangen:

Euerer sich die gegenwärtige Zeit durch die eisige Gebiete sich vollziehenden Kampfe für das Vaterland gesättelt, desto wohltuender ist es Mir gewesen in der Voreise, welche Mir der Magistrat Meines Hauses und Residenzstadt Berlin am 22. d. M. diesen Geburtstage gewidmet hat in Verbindung mit den in altherwähnter Herzlichkeit dargebrachten Glückwünschen die Versicherung unbedingten Vertrauens zu Mir und Meiner Regierung von Neuem ausgedrückt zu finden. In dem Ich dem Magistrat für diese willkommene Beweise freundlich loyaler Gestellung meinen landesväterlichen Dank bezeige, freue Ich Mich, Sein Vertrauen mit dem Ausdruck meiner vollen Zuversicht erwidern zu können, daß die gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche dem Vaterlande zum Segen gereichen und Meinem Volke den inneren Frieden dauernd zurückbringen werde.

Berlin, den 26. März 1873.

Wilhelm.

Diese Antwort beweist von Neuem, wie fest das Oberhaupt des Reichs und Preußens gewillt ist, die Rechte des Staats gegenüber der Kirche zur Begründung eines dauerhaften Friedens ein für allemal gesetzlich festzustellen.

— Der Kaiser und König hat unterm 13. d. M. eine anderweite

Organisation des Ingenieur-Corps besohlen. Nach derselben werden vom 1. Mai d. J. ab die Ingenieur-Inspektionen wie folgt, verteilt:

I. (Berlin): 1. Festungs-Inspektion (Königsberg) I. Armee-Corps, 2. Festungs-Inspektion (Danzig) I. und II. Armee-Corps, 1. Pionier-Inspektion (Berlin). — II. (Berlin): 3. Festungs-Inspektion (Posen) V. und VI. Armee-Corps, 4. Festungs-Inspektion (Berlin) III. und IV. Armee-Corps 2. Pionier-Inspektion (Magdeburg). — III. (Mainz): 5. Festungs-Inspektion (Mainz) XI., XIII., XIV., XV. Armee-Corps, 6. Festungs-Inspektion (Mtg.) VIII., XV. Armee-Corps, 3. Pionier-Inspektion (Straßburg). — IV. (Röthen): 7. Festungs-Inspektion (Röthen) VII., VIII. Armee-Corps, 8. Festungs-Inspektion (Altroda) IX. X. Armee-Corps, 4. Pionier-Inspektion (Coblenz).

Das Ingenieur-Komitee wird aus einem General-Major oder General-Lieutenant als Präses und 2 Abteilungen unter Obersten bestehen, jede Abteilung aus 2 Hauptleuten oder Premier-Lieutenants. Der einen Section steht der Oberst, der anderen ein Stabsoffizier vor.

— Der Kaiser wird, wie die „N. Pr. Z.“ vernimmt, am 23.

oder 24. April die Reise nach Petersburg antreten. Die Begleitung wird nur eine kleine sein. Der Kaiser hat der deutschen evangelischen

Gemeinde zu Sonderland in England zum Bau einer Kirche und

Schule eine Beihilfe von 400 Thlrn. bewilligt.

— Der Bischof von Limburg (R.-V. Nassau) hat dem Bundesrat eine Eingabe, betreffend die geistlichen Orden der Redemptoristen und der Bäter vom heiligen Geiste übersandt und der Bundesrat die Eingabe einem Ausschuß zur Berichterstattung überwiesen. Derselbe Kirchenfürst hätte nach dem „D. W.“ an die preußischen Bischöfe ein Rundschreiben gerichtet, worin er dieselben auffordert, den Eid auf die Verfaßung zu verbieten, da die neuen kirchen-politischen Gesetze gegen das Dogma der Autonomie der Kirche sindigten. Dieses Verbot sollte schon vor Publikation der Gesetze erlassen werden, und dürfte die bischöfliche ultima ratio zur Verhinderung derselben sein." Ein solches Vorgehen, daß wir doch noch sehr bezweifeln möchten, würde jedenfalls der Situation die größtmögliche Klarheit verleihen.

— Die Verhandlungen mit dem Generalsteuerdirektor Schuhmann an wegen Uebernahme der durch Ernennung des G. h. Raths Bitter zum Präsidenten der Seehandlung erledigten Stelle des Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern dauern dem Vernehmen nach noch fort.

— Wie verlautet, ist in der Disciplinar-Untersuchung gegen den Wirkl. Geh. Ober-Negierungs-Rath Wagger am Freitag dessen erste Vernehmung durch den Kammergerichts-Rath Steinhausen erfolgt.

— Die japanische Botschaft hat Freitag, 28. Abends Berlin verlassen und sich über Dirschau und Eydtkuhnen, nach Petersburg begeben. Der japanische Ministerresident am hiesigen Hofe, Sameshima welcher vor einigen Tagen aus Paris hier eintraf, begleitet die Botschafter auf dieser Reise.

— Der „W. Z.“ bestätigt man, daß die Rückberufung des Geschwaders unter dem Kommando des Kapitäns Werner mit Rücksicht auf die spanischen Verhältnisse erfolgt ist. Der Besuch der ostasiatischen Gewässer seitens des Panzerschiffes „Friedrich Karl“ und der Corvette „Elisabeth“ ist somit aufgegeben. — Im Laufe des Sommers wird noch ein Uebungsgeschwader in Dienst gestellt werden, für welches die Corvetten „Bireta“, „Hertha“, „Adriane“, „Aeone“ und das Kanonenboot „Nautilus“ (Albatros-Klasse) bestimmt sind.

Die hiesige Stellung der Befreiungen bei Garnisonen mit Militärpersonen kann nicht besser illustriert werden, als durch ein in den „Lüneburger Anzeigen“ veröffentlichtes Inserat des Ortsvorstehers Lübecke in Hagen bei Lüneburg, welches auch zugleich einen recht beachtenswerten Beitrag zur Militärrechtspflege liefert. Das Inserat lautet wörtlich:

Bei Gelegenheit von Regimentsübungen am 12. Septbr. v. J. hatte ich ein Gespräch mit den Herrn Oberst v. Waldow. Nachdem dasselbe beendet war, ritt ein Offizier an mich heran und sagte: „Na, halten Sie nun Ihr ungewachsenes Maul!“ Da mir die Renommierung des Namens von Herrn Oberst von Waldow verweigert war, wandte ich mich mit einer Beschwerde direkt an Seine Majestät. Das Schreiben ist leider ohne Antwort geblieben, indessen wurde mir vom Amte, laut Auftrag der Land droste, ein Verweis ertheilt, daß ich mich als Vorsteher direkt an Se. Majestät gewendet habe. Den Verweis habe ich allerdings nicht angenommen, sondern dem Amte erwidert, ich würde mir mein Recht, mich an Se. Majestät wenden zu dürfen, nicht nehmen zu lassen. Da ich nun endlich den Namen des Herrn Offiziers erfahren, wande ich mich mit einer Klage an das

Gericht der 20. Division und ist daher folgendes Urtheil gekommen: „Das der Angeklagte, Sekonde-Lieutenant von Mos, wegen wörtlicher Beleidigung des Ortsvorstehers Lübecke zu Hagen mit einem Thaler!! zu bestrafen und die Kosten des Verfahrens, sowie einen Erkenntnis-Ausfertigungsstempel zu zahlen verbunden, dem Beklagten auch die Befugniß zuzapfre zu geben, die Verurtheilung auf Kosten des Angeklagten innerhalb 14 Tagen nach beschritten Rechtskraft des Erkenntnisses in den „Lüneburger Anzeigen“ bekannt zu machen. Sönniges Gericht der 20. Division.“

Danzig, 27. März. Der Redakteur und Verleger des am 1. Januar d. J. eingegangenen „Danz. Kat. hol. Kirchenblatt“ Buchhändler Weber, wurde gestern wegen Uebernahme an einem Prezvergehen (Beleidigung des Staatsministeriums) zu 50 Thir. Geldstrafe verurtheilt.

Köln, 26. März. Gestern erhielt der verantwortliche Redakteur der Klerikalen „Köln. Volks-Zeitung“ Vorladung auf den 4. April d. J. vor das Stadtgericht, um sich wegen der Beleidigung zu verantworten, „durch Aufnahme der päpstlichen Allocution an das Kardinal-Kollegium vom 23. Dezember 1872 erdichtete und entstellt Thatachen, während, daß sie erdichtet und entstellt sind, öffentlich verbreitet zu haben, um dadurch Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen.“ (F. B.)

Cammin, 24. März. Die diesmalige Feier des Kaisers-Geburtsfeier wich von den bisher üblichen bedeutend ab. Die Glocken, die sonst geläutet wurden, schwiegen. Die Kirchentüren waren geschlossen, Schüler und Seminare kamen nicht im Festzuge wie sonst, um dem Gottesdienst beizuwohnen. Die Geistlichkeit hat den Geburtstag unseres greifen Heldenkönigs ignorirt, die kirchliche Feier dieses Tages gesellschaftlich inhibirt. Erfreulicherweise blieb aber dies Verhalten nicht ganz ohne Widerspruch. Ein Festmahl fand doch statt, und bei demselben brachte der greife Graf Wartensleben-Schwirzen diezen Zuständen und ihren Schwestern, den Widersachern der entstehenden Kirchengesetze, in jugendlichem Feuer mit schwungvoller Rede und im Anschluß an das Birschenfest: „Gaudeamus igitur“ ein perreat das die größte Mehrzahl der Festgenossen mit lauter und kräftiger Stimme dreimal wieder aufnahm. Uebrigens hat sich der Strife der pommerschen Orthodoxie am Geburtstage unseres Kaisers nicht auf Cammin beschränkt. In eclatanter Weise trat die kirchliche Enthaltsamkeit in Schivelbein zu Tage, wo schon vor dem 22. d. M. das Gerücht sich verbreitet hatte, es solle an diesem Tage kein Festgottesdienst abgehalten werden. Das Gerücht wurde auf eingezogene Erkundigung von dem Bürgermeister Hasenjäger bestätigt, welcher erklärte, daß der Superintendent Hesse geradezu den Gottesdienst verweigere.

Braunschweig, 28. März. In Folge der zwischen Regierung und Landesversammlung früher in vertraulichen Verhandlungen erfolgten Vereinbarung bezüglich der Erbsfrage ist heute der Landesversammlung in öffentlicher Sitzung folgender Gesetzentwurf mit Kommissionssbericht vorgelegt worden:

Wir, der Landesversammlung das nachfolgende Gesetz. Um Vorsorge zu treffen, daß im Falle der Erledigung des Thrones des Herzogthums die in der durch die Reichsverfassung verbürgten Selbstständigkeit des Landes einbegriffene verfassungsmäßige Verwaltung selbst dann keine Störung erleide, wann etwa und so lange dem Regierungsantritt des erb berechtigten regierungsfähigen Thronfolgers Hindernisse entgegenstehen, wird unter Garantie Sr. Majestät des deutschen Kaisers verfügt wie folgt: § 1. Ist bei erfolgter Erledigung des Thrones der berechtigte, regierungsfähige Thronerbe nach überreinstimmender Ansicht des Staatsministeriums und der Landesversammlung oder deren Ausschüsse behindert, die Regierung des Landes unmittelbar zu übernehmen, so tritt eine Regierung durch einen Regenten ein, welcher die Regierung mit allen einer Regierung-Bormundschaft zu stehenden Rechten und obliegenden Pflichten bis zum Regierungsantritt des Thronfolgers zu führen hat. § 2. Für den im § 1 bezeichneten Fall wollen wir im Einverständnisse mit der Landesversammlung Se. Königl. Hoheit, den jetzt regierenden Großherzog von Oldenburg nach eingeholder deskfälliger Zustimmung jum Regenten hierdurch zuvertrauen. § 3. Wenn der noch nicht eingetretener Thron-Erledigung der ernannte Regent die Regierung ausschlägt oder aus irgend einem anderen Grunde die statthaftie Ernennung unwirksam wird, so werden wir im Einverständnisse mit der Landesversammlung den Regenten anderweit ernennen und zwar aus den regierenden Fürsten der zum deutschen Reich gehörenden Staaten. § 4. Im Falle dagegen nach bereits eingetreterener Thronerledigung eine neue Regierungshilfe unter der im § 3 gedachten Voraussetzung nötig wird, wählt die Landesversammlung auf Vorschlag des Staatsministeriums den Regenten aus den regierenden Fürsten der zum deutschen Reich gehörenden Staaten. In diesem Falle wird die Wahl durch eine gemeinschaftliche Vertheilung der stimmliehenden Mitglieder des Staatsministeriums und einer von der Landesversammlung zu entsendenden Deputation vorbereitet. Eine im vorbezeichneten Falle etwa notwendige Wiederholung der Wahl findet in gleicher Weise statt. § 5. Dem Regenten ist unbenommen, mit den Regierungsgeschäften einem Statthalter widerruflich zu beauftragen. § 6. Die zur Zeit der Eröffnung der Thronfolge im Amte befindlichen stimmliehenden Mitglieder des Staatsministeriums führen ihre Geschäfte fort, bis der Regent eine Aenderung beschließt. § 7. Für den Bedarf des Regenten in dem durch die §§ 169 und 170

Ein Reichstagsabgeordneter.

Wenn Herr v. F. Nachmittags um 5 Uhr mit dem Schnellzuge von Breslau nach Berlin kommt, so hat dieses Ereignis dieselbe Bedeutung, als wenn der deutsche Reichsanziger meldet: „Morgen um 12 Uhr findet die feierliche Eröffnung des Reichstages durch Se. Majestät ic. im Weißen Saale des königl. Schlosses statt; derselben geht ein Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder des Landtages in der Schloßkapelle, für die Katholiken in der St. Hedwigskirche voraus.“ — Alles ist unabänderlich pünktlich, regelmäßig im Leben des Herrn v. F. Besonders aber seine Wahl als Reichsbote. Ein Wahlkampf findet nie statt. Seit fast 20 Jahren sagt man in seinem Wahlkreise nicht wie anderswo: In acht Tagen ist Wahl, oder morgen wird gewählt. Nein, das Zeitwort wählen ist in dem und dem Kreise des Regierungsbereichs Oppeln immer transitiv, niemals intransitiv. Man sagt das best: nächste Woche wählen wir den gnädigen Herrn, oder der Ortschulze macht bekannt: die Wahl des gnädigen Herrn ist auf den 15. hujus angezeigt; oder der Inspektor sagt zu seinen Arbeitern auf dem Felde: Zeit macht, daß ihr nach Hause kommt, geht nach dem Kreisamt und wählt den gnädigen Herrn. Wählen heißt im oberschlesischen Dialekt: einen Zeitel mit dem Namen des gnädigen Herrn beschreiben. — Seit 1867 bewohnt Herr F. dasselbe Hotel in Berlin. Er bezahlt regelmäßig dasselbe Zimmer, eines der besten in der Bel-Etage (wie man in Berlin sagt) vornheraus. Wechselt das Hotel den Besitzer, so bindet der alte dem neuen die Sorge um Herrn v. F. auf die Seele, und so macht es der scheidende Oberkellner gegenüber seinem Nachfolger, der Concierge, der sich zur Ruhe setzt, gegenüber dem feinigen. Sobald dann der deutsche Reichsanziger meldet, daß Se. Majestät den Reichstag zu dem und dem Tage beruft, so entsteht Bewegung in dem Hotel. Es geht von Mund zu Mund: der Baron kommt. Das Zimmer Nr. 9 ist nun für einen anderen Gast, und wäre es ein rubelbeschwertes Russe, der sich von Königsberg oder Stettin per Telegraph anmeldet, nicht mehr vacant. Es wird sofort für den Baron arrangiert. Man könnte sagen: es wird parlamentarisch eingerichtet. Zu diesem Zweck schiebt man das Bett aus der Ecke

des Salons, wo es sonst seinen Platz hat, fort, weiter an der Wand entlang. Es gilt, einen Winkel frei zu machen. Frei? Ja, zu parlamentarischen Zwecken. Ein Reichsbote zieht ein, kein Russe. Das Hausmädchen segt den Winkel so säuberlich, daß kein Stäubchen mehr zu sehen. Der Hotelier überzeugt sich durch eigenen Augenschein, ob die Ecke von Reinlichkeit glänzt. Der Baron kommt, wirft, taum über die Schwelle seines Zimmers getreten, den ersten Blick in die Ecke hinter dem Bett und ist äußerst zufrieden. Es ist ein sehr liebenswürdiger Herr der Baron, vornh, aber menschenfreundlich, noch im rüstigen Mannesalter, bei der Ankunft in Berlin immer etwas frischer, als am Schluss der Session. Eine parlamentarische Campagne greift die Kräfte an. „Karl, sagt er zu seinem Zimmerkellner, kramen Sie meinen Koffer aus, und bringen Sie den Inhalt in Kommode und Spinde unter; alle Morgen um 11 Uhr wecken, das wissen Sie schon, und die Ecke in Ordnung halten!“ „Zu Befehl, Herr Baron.“ „Marie“, sagt er zum Stubenmädchen, „wenn Du aussegest (Marie läßt sich schon seit Jahren vom Baron duschen), so sei in der Ecke vorsticht.“ „Ich weiß schon, Herr Baron.“ „Friedrich“, sagt er zum Hausknecht „wenn Sie Feuer anmachen, so holen Sie sich das Papier anderswo her, und nehmen Sie es nicht wieder aus der Ecke.“ „Ne wieder, Herr Baron!“

Am nächsten Morgen schlüpft Herr v. F. in einen krebsrothen Rock und weiße Pantalons, steigt in den Wagen des Hoteliers, und fährt nach dem Schlosse, geht in die Kapelle für Evangelische, hört den Generalsuperintendenten Hoffmann, läßt sich von Majestät die Hände schütteln, erscheint im Weißen Saale, wo geringere Sterbliche ihn begrüßen, vernimmt die Thronrede, ruft Bravo sobald Andere dies thun, und fährt dann zu Hiller. Am Morgen des folgenden Tages zieht er an der Thür seines Hotels die Klingel, und der erwachende Concierge sagt: es ist 4 Uhr.“ In seinem Zimmer blickt er zuerst nach der Ecke hinter dem Bett. „Doch nein, sagt er sich, es kann ja noch nichts angekommen sein; erst eine Sitzung gehabt.“ — Wir müssen jetzt, ehe wir mit unseren Pinselstrichen fortfahren, die den Lesern das Portrait eines berühmten Mannes vorzuführen bestimmt sind, dieselben mit einem parlamentarischen Gebrauch bekannt machen. Zwei oder

drei Tage der Session sind kaum verflossen, da arbeitet die Druckerpresse schon geschäftig, um die in der Leipzigerstraße gesprochenen Worte unserer größten Männer für die Ewigkeit zu fixiren. Es gehen die stenographischen Berichte über die Sitzungen unter der Presse her. Gleichzeitig werden die Vorlagen der Regierung gedruckt. Diese verschiedenen Drucksachen werden durch die Diener des Hohen Hauses täglich gegen Abend den Mitgliedern desselben zugestellt. Berlin ist in verschiedene Bezirke getheilt, von denen je einer durch einen Diener besorgt wird. „Man will bemerkt haben, daß es ziemlich gleichgültig wäre, wenn die Drucksachen erst am nächsten Morgen den hohen Landesvertretern zugestellt würden, denn des Abends wird selten einer zu Hause gefunden. Aber darf man daraus schließen, daß unsere Repräsentanten nicht noch spät in der Nacht bei ihrer Heimkehr wissbegierig auf die gedruckten Vorlagen herstürzen, um wohlgerüstet sich in die Schlacht des folgenden Tages zu werfen? Die Diener murren oft des Abends, wenn sie Stundenlang auf die Erzeugnisse der Druckerei warten müssen, um sie noch gegen neun oder zehn Uhr in ihrem Reviere auszutragen, oft in schlecht erleuchteten Häusern, dunkle Treppen hinauf oder dunkle Corridore entlang. Es wohnt nicht jeder Erwählte des Volks in einer Wohnung mit bequemem Zugange, und die Erfahrung hat sogar gelehrt, daß der diätarisch honorirte Volks-Erkorene oft ein bescheideneres Haus sich wählt, als der Diätenlose. Gleichviel, die Diener sind verpflichtet die geistige Nahrung unseren Repräsentanten des Abends noch zuzutragen. Sie thun das äußerst pflichtgemäß. Genau von alter Praxis her die Abgeordneten kennend, die ungeduldig die geistige Nahrung erwarten, und diejenigen, denen am nächsten Morgen und später noch damit gedient ist, machen sie doch keinen Unterschied, was ihnen um so höher anzurechnen ist, als die Zahl, von denen sie erwartet werden, verschwindend klein ist. Herr L... gehört natürlich zu diesen Letzteren. Er steht schon lange am Treppengeländer mit der Lampe, wenn der Diener erscheint, und reicht ihm hastig die Drucksachen aus der Hand, um sie zu verfolgeln.

Auch Herr v. F. gehört zu dieser kleinen tapfern Schaar. Freilich wartet er nicht Abends um 10 Uhr am Treppengeländer, denn da ist er nicht zu Hause. Auch denkt er nicht daran, die Drucksachen zu

der neuen Landschaftsordnung von 1832 bestimmten Umfangen wird die zur Bestreitung der Bedürfnisse des Landesfürsten vom Reinertrage des Kammergerichts verfassungsmäßig vorbehaltene Summe dem Regenten für die Dauer der Regentiehast zur Disposition gestellt.

Stuttgart, 28 März. Der heutige Abend verlief vollkommen ruhig und dürften die bedauerlichen Vorgänge der letzten Tage ihre Beendigung gefunden haben. Vorsichtshalber war der Marktplatz von einer Abtheilung der Feuerwehr und Militär heute noch besetzt. — Wie in Folge der jetzigen Ermittlungen festgestellt ist, waren bei den Unruhen am 26. d. nur einzelne Arbeiter von auswärts gegen; die Arbeiter aus den Maschinenfabriken von Berg und Cannstatt haben sich bei denselben gar nicht beteiligt, wonach die frühere betreffende Meldung zu verrichtigen ist.

Oesterreich.

Wien, 28. März. Aus vollkommen verlässlicher Quelle erfährt die „Kölner Zeitung“, daß der Kronprinz des deutschen Reiches am 29. April hier eintreffen und bis zum 5. Mai sich hier aufzuhalten wird. Kronprinz Friedrich Wilhelm, der sicherem Vernehmen folge nicht in der Burg, sondern in Schöbrunn seinen Aufenthalt nehmen wird, bringt seine Gemahlin zur Eröffnung der Welt-Ausstellung mit nach Wien.

Wien, 29. März. Der Verfassungsausschuss hat heute die Regierungsvorlage, betreffend die zeitweise Einstellung der Tätigkeit der Geschworenengerichte mit den zu § 1 von Garnero beantragten beschränkenden Bestimmungen angenommen, wonach diese Maßregel im Verordnungswege höchstens für ein Jahr verfügt, über diesen Termin hinaus nicht ausgedehnt werden und sofort aufgehoben werden soll, sobald es eines der beiden Häuser des Reichsrates verlangt. — Die Fürstin Karageorgievich, Gemahlin des Fürsten Alexander Karageorgievich, ist heute Abend gestorben.

Rußland und Polen.

Petersburg, 29. März. Der Kaiser hat den Kaufmann Pogrebnykoff als Bürgermeister der Stadt Petersburg bestätigt. — Die russische „St. Petersburger Zeitung“ ist von dem Minister des Innern Timaschew wegen sozialistischer Tendenz auf vier Monate suspendirt worden.

Petersburg, 30. März. Das amtliche Blatt macht bekannt, daß die Zahl der in der Woche vom 9. bis 16. d. Mts. in Russland an der Cholera Verstorbenen 45 beträgt. — Heute zeigte der Thermometer 19 Grad Réaumur in der Sonne.

Frankreich.

Paris, 28. März. Das orleanistische Organ, der „Soleil“, setzt seine Aussätze gegen Deutschland fort. Heute bringt er Folgendes: „Man scheint in Berlin und in mehreren anderen Hauptstädten sich mit der Lage zu beschäftigen, welche in der Pariser Welt dem Grafen v. Arnim, Botschafter „Preußens“ bei unserer Regierung, bereitet wird. Sicherlich ist diese Lage keine sehr angenehme. Graf Arnim findet hier nur die Rücksichten, die seiner offiziellen Stellung gebühren: nichts weniger und nichts mehr; kaum könnte es anders sein. Die Gründe dieser Lage der Dinge sind eben so leicht zu begreifen, als unnütz zu erklären; sie haben übrigens nichts Persönliches für den Grafen v. Arnim. Die „preußische“ Regierung kann nicht überrascht sein, daß in Folge dessen, was sich zugetragen hat, es schwierig ist, zwischen den beiden Ländern andere Beziehungen herzustellen als solche, die einen offiziellen Charakter haben. In allen Fällen wird „Preußen“, wenn es wegen dieser Lage befürchtet ist, wohl daran thun, sie nicht durch sein Auftreten gegen die unglücklichen Bevölkerungen von Elsaß und Lothringen zu erschweren. Es kann nicht hoffen, uns geneigter zu finden, ihm etwas Anderes zu bewilligen, als das, was der gewöhnlichste Anstand verlangt, so lange es durch seine Polizeiagenten Priester und Greise aus dem Elsaß hinauswerfen läßt. — Wie man hört, ist Aussicht vorhanden, daß General v. Manstein nach erfolgter Nämung den Botschafterposten in Paris erhalten und annehmen wird. — In dem Aufstandssprozeß, der jetzt in Constantine verhandelt wird, äußerte der Vertheidiger von Meszag, Albert Grevy, laut einem Telegramm: „Der Aufstand sei die Folge des unheilvollen Systems, welches auf dem Lande seit vierzig Jahren geläuft habe, und der Solidarität, die zwischen den arabischen Bureaux und den Händlern besteht. Die Behörden wußten es, daß ein Aufstand unvermeidlich war, und thaten nichts, ihn zu

verhindern, sie ließen im Gegenteil das Gerücht, als wäre der Aufstand mit den Commandirenden abgemacht, in den Stämmen Wurzeln fassen, und schlugen 10,000 Mobile aus, welche ihnen von der Regierung angeboten wurden.“ Sich an die arabischen Bureaux wendend, fügt Herr Grevy hinzu: „Ihr Zeugnis hat keinen legalen Charakter. Das Gesetz vom 24. December 1870 macht Sie für die Ereignisse verantwortlich, es verlangt, daß Sie Regenschaft von Ihren Handlungen vor einem Kriegsgericht ablegen. So lange Sie nicht das Irrthümliche der auf Sie lastenden Anklage bewiesen haben werden, so lange wird die öffentliche Meinung behaupten, Sie haben Morran veranlaßt, sich zu erheben, um das Ihnen beiden theuren Regime aufzurichten.“

Paris, 29. März. Zum Gesandten Spaniens ist Orense ernannt worden. — Gegen zwei Zeitungen, unter welchen sich die „Gazette du midi“ in Marseille befindet, ist wegen Subskriptionen, welche dieselben für die Karlisten eröffnet hatten, die gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden.

Paris, 30. März. Nach einer aus Madrid hier eingegangenen telegraphischen Meldung beabsichtigen die Karlisten eine Anteile von 100 Millionen (vermutlich Realen) aufzunehmen.

Versailles, 29. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung fand die Berathung über die Petition des Prinzen Napoleon statt. Der Bericht der Commission schloß mit dem Antrage auf Tagesordnung, ohne jedoch die Prinzipienfrage entscheiden zu wollen. Der Justizminister Dufaure legte die Gründe dar, welche zu der Ausweisung des Prinzen Napoleon Veranlassung gaben; es sei damals gerade eine Zeit gewesen, in welcher die Regierung von verschiedenen Seiten her Unruhen befürchtet habe. Der Minister gab schließlich die Versicherung ab, daß die Maßregel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ergriffen worden sei und hat um Annahme der einfachen Tagesordnung, welche hierauf von der Versammlung mit 347 gegen 291 Stimmen angenommen wurde. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung brachte der Justizminister Dufaure einen Gesetzentwurf ein, welcher bestimmt, daß fortan kein Mitglied der ehemaligen kaiserlichen Familie sich ohne spezielle Genehmigung der Regierung in Frankreich aufzuhalten dürfe.

Großbritannien und Irland.

London, 29. März. Die Leiche des deutschen Botschafters, Graf Bernstorff, ist einbalsamiert worden und wird nach dessen Besitzung Stintenburg im Lauenburgischen übergeführt. — Der persische Gesandte Mirza Malcom Khan ist sofort nach seiner Ankunft von Lord Granville empfangen worden. — Der „Times“ zufolge haben die Verhandlungen der Direktionen der beiden transatlantischen Kabelgesellschaften über eine Fusionierung der letzteren zu der Vereinbarung eines bezüglichen Vertrages geführt. — Auf eine Anfrage Denison's erklärte im Unterhause der Staatssekretär des Auswärtigen, Viscount Enfield, die Regierung sei noch in fortgeschreitender Verhandlung mit den Seemächten über die Frage der Suez-Kanalzölle begriffen und habe den englischen Botschafter in Konstantinopel angewiesen, während dessen der Interessen der englischen Rüder sich auf's Eisfrigste anzunehmen.

Italien.

* **Neapel**, 28. März. Gestern wurde eine Dame aus dem Gefolge der russischen Kaiserin auf einem nach Sorrent in Begleitung eines Dieners unternommenen Spazierritt von Banditen gefangen genommen. Von den Behörden sind umfassende Verfolgungsmethoden angeordnet worden. — Der italienische Dampfer „India“, welcher in Suezkanal gestrandet war, ist nach einem Telegramm aus Port-Said ohne Schaden wieder flott gemacht worden und hat seine Fahrt nach dem Mittelmeer fortgesetzt.

Sachsen.

Bern, 30. März. Die katholischen Geistlichen des Jura haben in einer in Courrendlin (deutsch Nennendorf) abgehaltenen Versammlung den Beschluß gefaßt, auf ihrem Widerstande gegen die Anordnungen der Regierung zu beharren. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag auf Zurückziehung des gegen die Diözesebeschluß erhobenen Protests blieb bei der Abstimmung in der Minderheit. — Mit Rücksicht auf die obwaltenden dermaligen Verhältnisse ist vom Berner Grossen Rathe die Einführung der Zivilehe im Berner Jura beschlossen worden.

verschlingen. Aber haben muß er sie noch in der Nacht, er muß sie sehen in der Ecke, hinter seinem Bett. Wehe dem Boten, der einmal des Abends ausbliebe! Wehe dem Kellner, der den Stoß Parlaments-Alten nicht sorgfältig in der Ecke untergebracht hätte! Vielleicht interessiert es unsre Leiter, zu erfahren, daß in dem Jargon der Parlamentsboten ein Paquet Drucksachen, sorgfältig couvertirt, mit Oblate verschlossen, an das hohe Mitglied des Reichstags adressirt, ein „Schinken“ genannt wird. Diesen Jargon kennen auch viele Kellner, wenigstens die in dem Hotel Unter den Linden, und viele Abgeordnete, wenigstens Herr v. F. Kommt dieser des Nachts, (nämlich 4 Uhr Morgens) auf sein Zimmer, so ist die erste Frage nach einem neuen „Schinken“. Couvertirt wie sie sind, bleiben die „Schinken“ da in der Ecke unangerührt, und welcher sie am wenigsten berührt, ist Herr v. F. — Es giebt keinen glücklicheren Tag für ihn, als wenn der Etat hinter dem Bett sich seinen Blicken bietet. Diesen fetten „Schinken“ lobt er sich. Bier dicke Volumina! Nach dem Etat sieht er sich noch einmal im Bett um — ehe er einschläft, und dahin blickt er abermals, wenn er um 11 Uhr geweckt wird. Hineinblicken, das thut er nicht. Um 11 Uhr geweckt, braucht Herr v. F. nur eine Stunde um an dem oberen Ende der Leipziger Straße zu erscheinen. Dort gehört er zu den gewissenhaftesten Gästen. Er nimmt nie Urlaub, selbst um eines bevorstehenden Familieregnisses willen nicht. Er verläßt auch den Sitzungssaal kaum anders, als um eine im Foyer liegen gelassene Cigarre zu Ende zu rauchen. Das Buffet reizt ihn wenig, denn Herr v. F. legt einen zu großen Accent auf das Diner nach der Sitzung, als daß er sich bei Rubin den Appetit verdürbe. Die Rednertribüne hat er noch niemals betreten.

Wie alles vergeht, so haben auch die Tage von Aranjuez ihr Ende. Die Session geht auf die Neige. Die Alten hinter dem Bett sind auch bereits so thurmhoch angewachsen, daß sie an das Kopftüpfen stoßen. Es wird Zeit, daß das Hohe Haus auseinandergeht. Der Boten bringt die letzten Drucksachen. Dieses Mal kommt er nicht des Abends — in der Abwesenheit des Barons. Er kommt des Morgens zwischen 11 und 12 Uhr, um sich persönlich zu empfehlen. Herr v. F. ist eben dabei, wieder in den krebsrothen Rock und die weißen Pantas-

lons zu schlüpfen, um dem Gottesdienst für Evangelische in der Schloßkapelle, und der Schlussfeierlichkeit im Weißen Saale bei-zuwohnen. Die Parlamentsboten haben an diesem Tage ihren Erntetag. Auch der Boten des Herrn v. F. ist seines Lohnes gewiß. Der Baron ergreift seine Hand (der vornehme Herr ist wie bemerkt sehr menschenfreundlich), führt ihn in die Ecke hinter dem Bett, und zeigt ihm triumphirend die Beute der parlamentarischen Campagne. Sehen Sie, sagt er, das habe ich Alles für Sie aufgehoben; es fehlt kein Blatt; wieviel Pfund taxierte Sie „den Haufen?“ Herr Baron, es können immer 20 Pfund sein.“ „Es ist mehr, lieber F...., nehmen Sie allein den Etat und die Übersicht von den Staatsentnahmen und Ausgaben, mit dem Nachweise von den Etatsüberschreitungen und den der nachträglichen Genehmigung bedürfenden extraordinairen Ausgaben für das Jahr 1866 — das sind allein drei Pfund — und die stenographischen Berichte über die Sitzungen.... glauben Sie nicht, daß Laster allein ein Pfund gesprochen hat?“

Herr v. F. hat auch immer den Strick schon aus Oberschlesiens mitgebracht, in welchen der Diener die gesammten Drucksachen einschnürt. Sie haben keinen weiten Weg zu wandern. Gleich neben dem Hofe ist ein Käsekeller. Die Ecke hinter dem Bett ist wieder frei. Herr v. F. reist nach Oberschlesien heim, das Bett wird in die Ecke zurückgeschoben, bis Majestät abermals den Reichstag beruft, die Boten „Schinken“ zum Austragen erhalten, und Herr v. F. zum Aufstapeln hinter dem Bett.

H. M.

* **Gegen den Sport des Taubenschießens**. In einer Wiener Zeitung sprach Franz Wallner seine lebhafte Entrüstung aus über ein Taubenschießen, dem er im Spielbade Monaco beigewohnt; er bittet die Presse, im Interesse deutscher Humanität und deutscher Gemüthslichkeit, ihr Veto gegen die Einführung dieses schrecklichen Sports in unserer Heimat einzulegen. Auch in England ist dieser Sport heimisch. Das Taubenschießen ist. Dort einer der beliebtesten Schieß-Exercitien. Nimrode, die selten in ihrem Leben etwas getroffen haben, glauben ihre Kunst weiter ausbilden zu müssen und versammeln sich

Spanien.

Madrid, 28. März. Der Kriegsminister Acosta hat sich bereit erklärt, sein Portefeuille zu behalten, wenn die frühere Organisation der Artillerie wieder hergestellt wird. Die Regierung hat dies zugestanden. Wie verlautet, liegt es in der Absicht desselben, den Marschall Serrano zum Oberbefehlshaber der gesamten Armee zu ernennen, damit die Disziplin wieder eine straffere werde. — Die Regierung wird, wie ferner versichert wird, trotz ihres lebhaften Bedauerns nicht umhin können, das Entlassungsgesuch Olzaga's, des bisherigen Gesandten in Paris, zu genehmigen. Letzterer besteht auf demselben, weil die Regierung nicht im Stande gewesen sei, gegen die Indisziplin in der Armee und gegen föderalistische Akte, welche in gewissen Provinzen hervergetreten, mit Erfolg anzugängen.

Barcelona, 29. März. Hier sind zwei aus Berga entkommene Boten mit der Meldung eingetroffen, daß diese Stadt durch karlistische Abtheilungen eingeschlossen sei, seit 14 Tagen das Herannahen eines Entsatzes vergeblich erwartet und dringend schleunige Hilfe erbittet. — Das bissige Journal „Diario“ spricht bei Mitteilung dieser Nachricht die Befürchtung aus, daß die Karlisten jetzt mit Geschütz versehen seien, die kleinen, nicht hinlänglich gesicherten befestigten Plätze ihnen nicht würden widerstehen können.

Berga ist von den Karlisten genommen, welche als Angriffsmittel ebenso wie bei der Einnahme von Nápoli Petroleum verwandten und vermittelst desselben mehrere Häuser in Brand stießen. — Man fürchtet, daß die Karlisten bald bis Puigcerda vordringen werden.

Portugal.

Lissabon, 29. März. Ein vor Kurzem zu Gunsten der nördlichen Eisenbahngesellschaft gestellter Antrag hatte Seitens der Opposition Anlaß zu lebhaften Angriffen gegen das Ministerium gegeben, da zwei Mitglieder des Staatsministeriums dem Direktorium der genannten Gesellschaft angehörten. Die beiden Minister sind in Folge dessen aus dem Direktorium ausgeschieden und gilt die Stellung des Ministeriums hierdurch für neu festgestellt.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. März. Die Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest sind Großbritannien gegenüber heute aufgehoben worden. — In dem Prozeß gegen die Führer der hiesigen Sozialisten und Leiter der hier bestehenden Abteilung der Internationalen ist heute das Erkenntniß ergangen. Durch dasselbe wird der Großmeister Pio zu einer sechsjährigen, Geleß zu einer fünfjährigen und Brix zu einer vierjährigen Strafarbeit verurtheilt.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung.

Am Tische des Bundesrates Delbrück, v. Mittnacht, Fäustle, Michaelis u. A. Auf der Tagesordnung steht zunächst die von den Abgeordneten Böll und v. Bonin eingebrachte Interpellation: „Beijünglich der vom Reichstage am 19. Juni 1872 gefassten Resolution auf Vorlage eines Gesetzentwurfs über Ordnung der Civilstands-Register ist in der dem Reichstage am 14. März d. J. mitgetheilten Übersicht der vom Bundesrat auf Beschlüsse des Reichstags aus der Session 1872 gefassten Entschließungen die Eröffnung enthalten: Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bewurkung des Personestandes ist im Reichskanzleramt ausgearbeitet. Da nun diese Mitteilung weder über Zwecke und Plan des Entwurfs, noch über die Absichten der Reichsregierung bezüglich des Zeitpunktes der Vorlage desselben an den Reichstag, Aufklärung enthält, so erlauben sich die Unterzeichneten an den Hrn. Reichskanzler die Aufrage zu stellen: Worin besteht nach Zweck und Plan der nähere Inhalt des fraglichen Entwurfs? Wird derselbe demnächst, und zwar noch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode, dem Reichstage zur Bekanntmachung unterbreitet?“

Abgeordneter Böll erinnert an die Resolutionen betr. die Ordnung der Civilstands-Register und die Civilehe, die in der vorigen Session im Anschluß an das Gesetzengebot vom Hause beschlossen wurden, mit welchem Gesetz jene Resolutionen nicht nur in einer äußerlichen, sondern in innerer Verbindung standen. Denn sie wiesen auf die rechten Mittel hin, den Kampf zwischen Staat und Kirche. Der Bundesrat hat auf den Reichstagsbeschuß geantwortet, daß er die Frage wegen des Civilehegesetzes dem Ausschuß für Justizweien überwiesen, in Bezug auf die Civilstandsregister einen Entwurf im Reichskanzleramt ausgearbeitet hat. Da aus der Antwort des Bundesrats zu entnehmen ist, daß ein Gesetzentwurf über die Civilehe (Fortsetzung in der Beilage)

deßhalb einige Mal wöchentlich auf Schießständen, um Tauben — die in einem Käfig gehalten und einzeln daraus gejagt werden — massenhaft das Lebenslicht auszublasen. Mit welcher Grausamkeit dieser Sport betrieben wird, möge man aus Folgendem entnehmen: Wochenlang werden diese armen Schlagtopfer in engen Käfigen gehalten, um demnächst, halb verhungert, aus der Gefangenschaft entlassen — in Freiheit gejagt zu werden. Nur einige Schritte hinter den Käfigen, mit den besten und kostspieligsten Schußwaffen ausgerüstet, schießen diese Geiernaturen, um das mörderische Feuer auf alle die Tiere zu eröffnen, welche, von Hunger und Durst getrieben, die ihnen durch plötzliches Dessen des Käfigs gebotene Freiheit benützen wollen. Wohl denen, welche vom tödlichen Blei vollkommen verschont werden, aber welch furchterliches Los ist der Mehrzahl beschieden, welche nicht sofort tödlich getroffen werden, sondern denen nur die Füße, Flügel und andere Körperteile fortgeschossen sind; tagelang sieht man sie nach solchem Experimente schwer verwundet und hungrig auf den benachbarten Dächer und Bäumen sitzen, ihr fieberhaft, aber trauriges Ende erwartend. Man läßt die nur angeflossenen Tauben nämlich ruhig sitzen, weil sie ja doch für den beliebten Sport nicht mehr zu benutzen sind. Andere aber, die glücklich den mörderischen Geschossen entronnen, werden vorsorglich wieder aufgefangen, um sie dem nächstwiederholten Experimente so oft zu unterwerfen — bis endlich der sichere Tod sich ihrer erbarmt und sie aus der Hand ihrer Peiniger für immer befreit. Man sieht einmal, wie die halbzerbrochenen Thiere in großen Massen traurig auf den Dächern zusammenlaufen, und man muß staunen über die Hartherzigkeit und die Lieblosigkeit dieser englischen Schügennaturen! Noch mehr aber wird man sich wundern, sieht man sich diese Schießvirtuosen näher an und erkennt in ihnen: Mitglieder der Vereine gegen Thierquälerei, eifrige Vorfechter für Unterdrückung der Sklaverei in fremden Ländern und Promotoren von Missions-Gesellschaften! Das Taubenschießen aber gehört zum englischen Sport, und unter dieser Firma glaubt man Grausamkeiten verüben zu dürfen.

noch nicht ausgearbeitet sei, so sezt uns das in die Lage, selbst an die Ausarbeitung eines solchen Gesetzes zu gehen und den Entwurf seiner Zeit dem Hause vorzulegen. Für heute schien es angemessen, die Interpellation auf das erste Gesetz zu beschränken.

Präsident Delbrück: Wie in der Ihnen vorgelegten Uebersicht bemerkt ist, ist im Reichsanwalteramt aus Veranlassung der vom Reichstag in seiner letzten Session gefassten Resolution der Entwurf eines Gesetzes über die Civilstandsregister oder über die Beurkundung des Personenstandes ausgearbeitet und es wird an Se. Majestät der Antrag gestellt werden, diesen Entwurf dem Bundesrat und dem Reichstag demnächst zur verfassungsmäßigen Beschlussnahme vorzulegen. Diese Sachlage rechtfertigt es von selbst, wenn ich es ablehnen müßt, über den Inhalt eines solchen Entwurfs, welcher zur Zeit noch nichts ist, als eine im Reichsanwalteramt gemachte Vorarbeit, hier mich näher auszulassen. (Bustumming rechts.)

Eine weitere Diskussion knüpft sich an die Anfrage und die erfolgte Auskunft nicht, so daß das Haus die gestern unterbrochene erste Beratung des Münzgesetzes fortsetzen kann.

Abg. Wilmanns: Ich bin mit den wesentlichsten Bestimmungen des Gesetzes einverstanden, so auch mit der Ausprägung von Goldmünzen für Privatrechnung, die dem Großhandel die unentbehrliche Selbstständigkeit giebt. Ich kann mich aber den Ausführungen des Abg. Bamberger nicht anschließen, daß die in dem vorliegenden Gesetze dafür aufgestellten Beschränkungen aufgehoben werden müssen. Die Reichsbörde muß für die Ausprägung eine bestimmte Gebühr feststellen. Denn da der Privatverkehr nur dann für eigene Rechnung prägen lassen wird, wenn Gold verhältnismäßig billig ist, so trifft das Reich allein der Nachtheil, wenn der Goldpreis ein hoher ist; die Ausprägung ohne Gebühr würde also eine Benachteiligung der Gesamtheit der Steuerzahler im Interesse des Großhandels sein. Wenn die rasche Durchführung der Goldwährung gesichert sein soll, so muß die Circulation ausländischer Silbermünzen verhindert oder wenigstens beschränkt werden, namentlich in Bezug auf die österreichischen Gulden, deren ungleich stärkere Circulation mit unsern neuen 20 Markstücken erlaubt zu sein scheint. Dann müssen einige Bestimmungen über eine Reform der Bank schon mit in dieses Gesetz aufgenommen werden. Ich will der Frage an dieser Stelle nicht vorenthalten ob ihre Noten in Zukunft nur durch Metall gedeckt werden sollen, oder wenigstens eine Contingentierung eintreten soll. Aber, daß mußte gleichzeitig mit dem Münzgesetz entschieden werden, daß Banknoten nur im Betrage von mindestens 100 Mark an ausgegeben werden. Dann werden im Interesse der Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen dem Bedürfnisse des Verkehrs und den circulierenden Noten die kleinen Noten aus dem Verkehr verdrängt und nur die großen für den großen Verkehr kursiren. Ebenso wird die Papiercirculation ins Auge zu lassen sein. Nach dem Gesetz sollen die Gulden und ähnliche Münzen beseitigt werden; es steht aber kein Wort in dem Gesetz, daß dies auch für die auf Gulden u. f. w. laufenden Papierzeichen gelten soll. Das wird zur Folge haben, daß die Scheine nicht mehr zum vollen Werthe angenommen werden, sondern einen schwankenden Werth erhalten. Diese Gefahr ist zu beutigen, wenn das Papiergeleß vor dem definitiven Übergang zur Goldwährung eingezogen wird. — Die hohe Wichtigkeit des vorliegenden Gesetzes verlangt es, daß wir den Verhandlungen eine mögliche Publizität geben; ich schlage deshalb die Verhandlungen im Plenum vor.

Abg. Schöen empfiehlt die Verweisung an eine Kommission, da es leichter ist über so wichtige Fragen schlüssig zu werden, wenn ein Kommissionsbericht vorliegt, als wenn ein oder zwei Redner lange gesprochen haben. Es wird der Kommission hoffentlich gelingen die Lücken des Gesetzes auszufüllen. Einzelheiten schon in der Generaldebatte zu diskutieren scheint bei der Ermüdung, die sich augenscheinlich schon gestern im Hause geltend machte nicht thunlich. Über die Wirkung des Gesetzes von 1871, welches für das vorliegende Gesetz die Basis bildet, herrsch noch eine vollständige Unklarheit, umso mehr als die Regierung des Reiches sich genügend gesehen hat, über ihre Geldoperationen den Schleier des tiefsten Geheimnisses zu decken, in entgegnerer Verkennung der berechtigten Forderungen des geschäftstreibenden Bürgertums regelmäßig über die großen Geldoperationen Kenntnis zu erhalten. Die Regierungen haben davon so wenig Notiz genommen daß man nur Vermuthungen aussprechen kann, wo die 500 Millionen Mark sich befinden. Die Regierung behandelt die Frage leichtlich als einen Wunsch, dem man wohl genügen könne, der aber keine große Tragweite hat. Für viele Geschäftsmänner aber ist diese Kenntnis eine Lebensfrage. Der Abg. Bamberger hat darauf hingewiesen, daß man möglichst an allen größeren Börsenplätzen Münzstätten schaffen müsse, er hat dabei meine Baterstadt Hamburg genannt; ob sich Hamburg dazu verstehen würde, darüber lassen Sie mich bei dem wunderbaren Dunkel, in welches sich die Regierung des Reiches hält, schweigen; daß es zweckmäßig wäre, steht fest. Das man durch die Ausprägung der Münzen auf Privatrechnung die Spekulation auf Kosten der Steuerzahler begünstige, ich nicht richtig; die Privatprägung wird nur ein Regulator der Circulation sein. Ich schließe mit der Bitte, zur Umarbeitung des Entwurfs eine Kommission einzusetzen.

Abg. Goppeli (Württemberg) hat das Gesetz als ein neues Band zwischen dem Norden und Süden Deutschlands begrüßt, kann aber schwerwiegende Bedenken nicht unterdrücken bezüglich des Abschlusses der neuen Goldmünzen ins Ausland während der faktischen Herrschaft der nachtheiligen Konkurrenz des vielfestgestalteten deutschen Papiergeleßes. Redner ist für Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. v. Löë: Dem Verlangen des Reichstages nach Vorlegung eines Banknotengesetzes ist die Reichsregierung mit dem Einwande begegnet, daß der Zusammenhang zwischen dem Münzgesetz und dem Banknotengesetz so innig sei, daß die Einbringung beider gleichzeitig erfolgen müsse. Leider hat uns die Reichsregierung nicht durch diese verheißene Zwillingsschwangerschaft erfreut. Es ist also bei ihr die Überzeugung von der Nothwendigkeit der gleichzeitigen Einbringung beider Gesetze schwächer geworden; bei mir ist sie namentlich Angefangen der preußischen Banknotenfabrik und deren Thätigkeit sehr viel stärker geworden. Ich werde das darthun und bitte Sie dieses Münzgesetz abzulehnen und die Reichsregierung zu ermahnen es mit dem Banknotengesetz gleichzeitig wieder vorzulegen. Man wird uns immer Partikularismus vor, heute muß ich diesen Vorwurf der Reichsregierung zurückgeben. Die preußische Regierung hat nämlich ein lebhaftes Interesse an der Erhaltung der preußischen Banknotenfabrik. Die Ausgabe einer ungedeckten Banknote ist anerkannt eine Münzfälschung. (Heiterkeit.) Wir sehen nun in der preußischen Bank den großen Falschmünzer, ausgestattet mit einer unbeschränkten Kreditbegnadigungsbehörde als allergrößte, allermächtigste Vorsehung über den kreditsuchenden Sterblichen walten. Der unversiegbare Gnadenstrom seiner Kreditbereiligung findet sein Äquivalent in dem unersättlichen Papierballen, den die eine Hand vermöge der unbeschränkten Banknotenpreise ebenso rasch füllt, als ihn die andere Kredit erhaltende leer. Diesem Großfalschmünzer der preußischen Bank (Heiterkeit) huldigt in unriger Anhänglichkeit eine täglich wiederkehrende Schaar aus dem Stande der Großkapitalisten, der Großwucherer, Großindustriellen und Großfabrikanten, während von diesem einräglischen Kultus das ganze Kleingewerbe, der ganze große und kleine Grundbesitz und der ganze Arbeiterstand herzlos ausgeschlossen ist. Wenn dieses Bild, was Sie nicht leugnen können, der Wirklichkeit entspricht, dann werden Sie mir zugeben, daß die preußische Bankbehörde resp. die preußische Regierung ein lebhaftes Interesse hat an der Erhaltung dieser Münzfälschungsanstalt (große Heiterkeit), da ihr die Banknotenpreise die Mittel zu diesem Kultus gewährt. Ich gönne ihr diesen Kultus, da ich für Kultusfreiheit bin, die Mittel jedoch, welche sich die preußische Regierung durch die Banknotenpreise verschafft, üben nicht nur eine gewaltige und unberedbare Störung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und Münzverhältnisse aus, sondern die Art der Verwendung dieser Mittel ist ein Rohr auf die Grundsätze der Gleichheit und Gerechtigkeit. Die Privatzeittablen, welche das von der Gesamtheit der Staatsangehörigen gegebene Zinsfrei Darlehen lediglich zu ihrem eigenen Nutzen ausbeuten, sind bereits verurtheilt, ihr Todesurtheil ist gesprochen, ich würde jedoch nicht, daß denselben ihr Privilegium ohne Entschädigung genommen

werde. Ich will durchaus nicht, daß sie aus ihrem Besitz mit derselben brutalen Rücksichtslosigkeit ermittelt werden, wie es anderen Reichsangehörigen im vorigen Jahr wiederfahren ist. (Präsident Simson: Ich bitte den Redner, sich auszusprechen, gegen wen er den Ladel der „brutalen Rücksichtslosigkeit“ richtet. Der Redner fährt, ohne auf diese Frage einzugehen fort:) Die Vertheidiger dieser Banknotenpreise motivieren ihre Existenzberechtigung mit dem Sache, daß die Banknoten-Emission den Verkehr befürchte. Die Hoffnung auf dieses größte aller Naturgeheimnisse, den Befreiungsprozeß, ist sehr pfiffig erlogen, um den Aberglauben für die segensreiche Wirkung der Banknotenpreise bei der gedankenlosen Menge zu verbreiten und aufrecht zu erhalten. So gewiß aber der Dünker nur den Acker befürchtet, der ihn empfängt, so gewiß befürchtet die Banknotenpreise nur das Geschäft desjenigen, der bei der Bank akkreditirt ist, resp. deren Wechsel die Bank diskontirt.

Ich gehe sogar noch weiter. Die Dünking des einen Aders beeinträchtigt keineswegs das Wachsthum desjenigen Akters, der den Dünker nicht empfängt hingegen hat der dem Einen vermöge der Hilfe des Banknotenpreises gewährte Vortheil den Nachtheil des Andern unmittelbar zur Folge. In der wirtschaftlichen Wettbewerbung, in jedem Geschäftsbetrieb verdrängt das Großkapital das Kleinkapital. Es sind von der Kredit-Gnadenvertheilung absolut ausgeschlossen der ganze Grundbesitz, das ganze Kleingewerbe und der ganze Arbeiterstand, nur die höheren Stände auf dem Gebiete des Kapitalmarktes sind in den Bankpaläten hoffähig. Die staatliche Banknotenpreise wird benutzt, um den Großkapital im Konkurrenkampf mit dem Kleinkapital eine gewaltige Unterstützung zu verleihen, die sich im Dezember vorigen Jahres nach dem Ausweise über die ungedeckten Noten auf 120 Millionen Thaler bejüngerte. So wird die Banknotenpreise zur stillen Theilnehmerin an einer großen Menge großer Unternehmungen. Das diese durch nichts zu recht fertigende, allen Grundsätzen der Gleichheit und Gerechtigkeit hohnsprechende Operation sich in der ungestörtesten Weise bis jetzt hat gelöst machen können, verdanken wir theilweise auch dem Umstände, daß wie der Abg. Windhorst neulich mit Recht hervorhob, ein großer Theil der Presse im reichen Golddienst des Großkapitals steht und auch diesjenigen Preise, die aus dem sogenannten Weltfonds, aus dem Fonds, zur Korruption des deutschen Volkes gebildet wird, hat ebenfalls einen nicht geringen Theil daran. (Präsident Simson: Der Redner scheint es doch entschieden darauf anzulegen, daß ich ihm mal zur Ordnung rufe; ich hätte mich dessen unendlich gern enthalten.) Diejenigen allerdings, welche ein Interesse an der Ausbeutung der Majorität durch die Minorität haben, wenden ein, daß die Vortheile der Banknotenpreise nicht nur denjenigen, denen der Kredit bewilligt wird, auch den Andern, denen er nicht bewilligt wird, zu Gute kommen; aber sie unterlassen es wohlweislich zu sagen, wie dies geschehe; sie stellen es vielmehr jedem frei, sich der Selbstauskunft hinzugeben, daß er zu diesem Andern gehöre. Bei den in jedem Sommer wiederkehrenden Transaktionen des Wollgeschäfts stellt die preußische Banknotenpreise diesen Geschäftsmillionen zur Verfügung, indem sie die Wechsel der Wollhändler diskontirt. Der Vortheil, den die Wollhändler davon ziehen ist klar, der Vortheil der anderen aber kann sich doch nur in einem Steigen oder Sinken der Wollpreise ausdrücken. Ob nun das eine oder das andere geschieht, in jedem Falle übt hier der Staat einen durch nichts zu recht fertigenden Einfluß auf die Preisregelung gewisser Bedürfnisse aus. Wenn er so das Recht hat die Preissteigerung der Wollhändler zu befürden, warum sollen nicht mit demselben Recht die Produzenten anderer Waaren, die Grundbesitzer, die Getreideproduzenten dasselbe Verlangen an den Staat stellen? (Rufe Lüts: zur Sache!) Präsident Simson: Meine Herren! Sie rufen zur Sache. Der Redner will ausführen, das Münzgesetz sei abzulehnen, weil es nicht gleichzeitig mit dem Bankgesetz vorgelegt sei. (Abg. v. Löë: Sehr richtig! Große Heiterkeit!) Sie müssen darum auch die Ausdauer haben, angehören, in welcher Weise er die gegenwärtigen Bankzustände, wie sie sich in seinem Hause darstellen, schildert und versucht, Ihnen dieselbe Überzeugung beizubringen, die er hat. (Heiterkeit).

Abg. von Löë: Am Ende des vorigen Jahres herrschte bei dem sehr hoch gestiegenen Bankdiskonto eine gewaltige Goldnachfrage, deren Gründe den Gründern zugeschrieben wurden. Diese Gründer sind in der That in der letzten Zeit Gegenstand prinzipiell durchaus ungerechter Angriffe gewesen, insofern sie doch nichts anderes thun wie jeder andere Handelsstreiber auch, welcher seine Waare möglichst billig einkauft, sie möglich anpreist und möglichst teurer wieder verläuft. Der Vertreter der Preußischen Bank erfreute nun das über die Gründer fülllich entrüstete Abgeordnetenhaus durch die Erklärung, daß er der gemeinschaftlichen Überpekulation durch Restriktion der jogenannten Weitwechsel Einhalt gethan hätte. Dafür bezeugte dann das Abgeordnetenhaus seine große Dankbarkeit, bedachte aber nicht, daß es gerade die preußische Bank gewesen ist, welche diese Überpekulation hervorgerufen hatte, indem sie den Gnadenstrom der Kreditbereiligung bis dahin frei an alle möglichen Gründer hatte fließen lassen. Wenn jemand denjenigen, den er selbst erhängt hat, durch Abschneidung vom Stricke errettet, so kann man ihm doch dafür unmöglich die Restruktionsmedaille bewilligen, daß aber hat das preußische Abgeordnetenhaus der preußischen Bank gegenüber gehalten. Eine jede unbedrängte Macht, im vorliegenden Falle die unbeschränkte Macht der Notenemission muß notwendig zu Willkür und zu Widersprüchen führen. So lange die Banknotenpreise in solcher Weise unbeschränkt thätig ist, sind alle Bestimmungen, welche die Erhaltung des Goldes im Lande bezeichnen, vollkommen illusorisch. Leben Sie daher wenigstens einen heilsamen Druck durch die Reichsregierung auf die preußische Regierung aus, damit die preußische Banknotenpreise beseitigt werde.

Abgeordneter Mössle schließt sich fast durchweg den Ausführungen Bambergers an und bittet schließlich, für die zweite Lesung die Form der Plenarberatung zu wählen.

Abg. Braun (Gera) bemerkte gegen Löë, daß eben dieses Gesetz der Papierpest Inhalt thun soll. Ich hätte auch die gleichzeitige Vorlegung eines Banknotengesetzes gewünscht; wir müssen jetzt wenigstens als Schutzwehr gegen das Unbewußtsein des Papiers einen Paragrafen in das Gesetz aufnehmen, etwa des Inhalts, daß alle Banknoten auf Mark laufen und mindestens den Werth von hundert Mark haben müssen. Was die geschäftliche Behandlung der Vorlage anbetrifft, so würde meines Erachtens die Niedersetzung einer Kommission nur dann einen Sinn haben, wenn wir von den Prinzipien des Gesetzes vom 4. Dezember abgeben wollten. Das will aber wohl nur Herr Mohl (Abg. Mohl: Nein!) ich freue mich dieses Widerspruchs. Stößen wir bei der Spezialberatung auf eine besonders schwierige Frage, so steht es uns noch immer frei eine Spezialkommission niederzusetzen.

Abg. v. Ulrich (Magdeburg) hat zunächst Bedenken wegen des geringen Feingehalts der groben Silbermünzen. Es sollen aus einem Pfund Silber 100 Mark geprägt werden, nun ist bekannt, daß 30 jessige Thaler ein Pfund Silber enthalten, und da nun der Thaler 3 Mark repräsentirt, so würden 90 Mark auf das Pfund kommen. Wie stellt man sich vor, daß diese verschiedenwertigen Silbermünzen neben einander circulieren sollen. Darin liegt zugleich ein großer Anreiz zur Nachprägung der Markstücke im Auslande — ich sage nicht: zur Falschmünzerei, da die Stücke nicht falsch sind, wenn auch der Pragierend dazu keine Berechtigung hat. Mein zweites Bedenken ist, daß die Silberwährung neben der Goldwährung eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen kann. Wir haben das Verhältnis zwischen Gold und Silber im November 1871 wie 1 : 15 $\frac{1}{2}$ angenommen. Das Silber ist aber seitdem gefallen, hat sich dann wieder ein klein wenig gehoben, zeigt aber die Tendenz weiter zu fallen, weil die skandinavischen Staaten und Holland ebenfalls im Begriffe sind, zur Goldwährung überzugehen und auch der Absatz des Silbers nach dem Osten sich vermindert hat. Soll die Doppelwährung so lange dauern, bis der Verkauf des Silbergehalts unserer Thaler ohne wesentlichen Verlust möglich ist, dann möchte ich fast sagen, ginge es ad infinitum. Wir werden meiner Meinung nach das Silber ohne erheblichen Verlust nicht los werden. Träte die Auswanderung des Goldes ein, während das Silber uns bleibt, so hätten wir Goldwährung ohne Gold, thatsächlich aber Doppelwährung. So lange der Preis des Silbers niedrig ist, so lange ist Gefahr vorhanden, daß das im Auslande gefügte teure Gold mit

dem im Auslande zu hoch bezahlten Silber aufgekauft und ins Ausland befördert wird. Sobald diese Operation vortheilhafter erscheint, als Wechsel auf London zu kaufen, tritt die Auswanderung ein. Jetzt allerdings strömt das Gold aus der französischen Kontribution hierher, aber wenn diese Zahlungen im September vorüber sein werden, dann ist es sehr denkbar, daß ein Wechselsatz auf London eintritt, der es entschieden vortheilhafter macht, Gold auszuführen. Außerdem macht die große Masse des Silber- und Papiergeleßes das Gold bei uns gewiss entbehrließ so lange das Staatspapiergeleß al pari steht und viel bequemer ist wie das Gold bei größeren Summen. In Silber können Sie 20 — 25 Thlr. nicht bequem bei sich tragen, aber ein paar Tausend Thaler Gold in der Tasche infommodieren Sie auch. Weil nun das Papiergeleß das Gold aus dem Lande treibt und man Zwangskurs kommt, wie in Österreich und Amerika, verlangt Redner die gleichzeitige Vorlage eines Bankgesetzes. — Daß die vielfachen Preissteigerungen, theils von dem durch die Kriegskontribution zusammengefaßten Gold, theils aber auch von der Masse der zirkulierenden Noten und Staatspapiergeleßes herführen, die auf 400 Mill. Thaler gestiegen ist, kann man nicht bestreiten, wenn man weiß, daß der Preis der Edelmetalle von der Nachfrage und dem Angebote abhängt, und daß die künstliche Vermehrung der Circulationsmittel durch Banknoten und Papiergeleß die Preise in die Höhe treibt. Das Ziel derer, welche die ungedeckten Noten vertheidigen, ist ja nach dem Ausdruck einer Kommission des Handelstages, noch seines Gelds; was heißt das anders als theure Waare? darin besteht die Wohlheit des Geldes, daß die Waare teurer geworden ist. (Sehr richtig!) Nun haben die Bundesregierungen unter dem 27. März 1870 gegen die Vermehrung der Banknoten und des Staatspapiergeleßes provisorische Maßregeln ergriffen, deren Dauer indessen bis zum 1. Juli d. J. prolongiert worden ist. Ich halte die Sache für nicht mehr aussichtsbar, wenn wir jenes Gesetz nicht wieder prolongieren wollen. Was die geschäftliche Behandlung anbelangt, so bitte ich dringend, das Gesetz nicht an eine Kommission zu verweisen. Soll ich die Gründe sagen, so muß ich ein bisschen aus der Schule plaudern; aber die Zeitungen haben schon oft mitgetheilt, wie es in ihren Kommissionsberatungen zugeht. Wird eine Kommission, wie in diesem Falle, durch einen Kompromiß zusammengestellt, so ist auch in ihr meist keine Majorität vorhanden, und spielen politische Fragen hinein, so ist die Kommission in zwei Hälften getheilt, von denen bald die eine, bald die andere, je nachdem hier oder dort ein Mitglied fehlt, die Majorität hat. (Bravo!)

Bundeskommisar Geh. Rath Michaelis. Der Entwurf des Bundesregierungen ist fast von allen Seiten mit Wohlwollen aufgenommen und es wird hoffentlich über die Einzelheiten eine Vereinigung stattfinden. Es sind nur zwei prinzipielle Gegner aufgetreten. Der Abg. v. Löë hat sich auf die Erklärung der Reichsregierung berufen, daß Münz- und Bankgesetz, zusammen erörtert und erlassen werden müssen. Diese Berufung beruht auf einem Irrthum. Es ist ausgesprochen worden, daß die Ordnung des Bankwesens namentlich in Bezug auf den Notenumlauf nicht eher vorgenommen werden kann, als bis das Münzwesen geordnet ist, weil die Frage der Notenapoints mit der Währungsfrage zusammenhängt. Von diesem Tische aus ist erklärt worden, daß Gesetze über Münz- und Papiergeleß für die nächste Session nicht mit Bestimmtheit festgesetzt werden, sondern daß dies nur in Betreff des Münzwesens geschehen ist. Der wesentliche Beschluß dieses Hauses bei der Debatte über das frühere Münzgesetz war der, daß die Ermächtigung ausgesprochen wurde, die Silbermünzen einzuziehen und das Verbot ferner Silbermünzen auszuprägen. Hätte man zur Doppelwährung übergehen wollen, so wäre dieser Beschluß unmotiviert, da es sich dann höchstens um eine Umprägung handeln könnte. In dem Verbot, neue Silbermünzen auszuprägen, liegt ein wesentlicher Schritt, der dahin führt, daß wir heute eine Doppelwährung im Grunde schon gar nicht mehr haben. Der Abg. Bamberger hat eine genaue Bestimmung dessen vermitzt, was man unter Reichsgoldwährung versteht. Ich meine das System des Entwurfs sei unzweckhaft dargelegt. Der Entwurf will den weiteren Übergang durch herbeiführen, daß er das neue System der Markstramme und den Wechselkurs der Goldwährung zunächst einführt und es der Zeit überläßt, das Uebrige zu thun, um die Silbermünzen einzuziehen und die reine Goldwährung herbeizuführen; er entzieht den Silbermünzen unter 1 Thaler die Eigenschaft als Courant. Nur die 1- und 2-Thalerstücke werden in das neue System hinaufgenommen. Der Bundesrat hat keine Veranlassung gegeben, für diese beiden Münzen einen besondern neuen Namen zu erfinden, sondern überläßt es der Wissenschaft oder dem praktischen Leben, den Namen zu finden.

Der Abg. Bamberger hat ferner die Befürchtung ausgesprochen, daß man künftig an den noch umlaufenden Thalern festhalten wolle, und hat sich große Mühe gegeben dies aus den Motiven nachzuweisen. Es ist unmöglich schon Fristen für die Einziehung von Silberthalern in Aussicht zu stellen. Aber der Reichstag kann sich der Erwartung hingeben, daß die Bundesregierungen, wenn sie eine der großartigen Operationen auf dem Gebiete des Münzwesens in die Hand genommen haben, so viel Liebe zu ihrem Werke und dessen Vollendung gewinnen werden, daß, selbst wenn Liebhaberne für Aufrechterhaltung des Thalers bestehen sollten, die Liebe für die Vollendung des Werkes dieselben überwinden wird. Ich sehe in Betreff der Einziehung der Silberthalern nur den einen Weg, daß jährlich im Etat diejenigen Beiträge ausgesetzt werden, welche der Verwaltung zum Zweck der Einziehung zur Verfügung gestellt werden. Der Abg. Bamberger hat geblieben, daß die Thaler früher aus der Welt geschafft werden könnten dadurch, daß man sie einzieht und auffreißt und an ihrer Stelle Münztheine in Amlauf setzt. Erstens ist es außerordentlich schwierig 300 Millionen Thaler diesbezüglich aufzupreisen; so große Räumlichkeiten stehen der Reichsregierung nicht zu Gebote; dann sind ja aber die umlaufenden Thaler nichts als solche Münztheine; da dürfen doch silberne den papierenen vorzuziehen sein. Dann hat er einen Plan über Ausprägung vermitzt. Ein solcher Plan kann nur nach dem definitiven Feststellen der einzelnen Bestimmung aufgestellt werden. Ungefähr folgendermaßen: Es sollen in Scheidemünzen ausgesetzt werden 10 Mark pro Kopf, also 400 Millionen Mark Silbermünzen und zwar 50 Millionen in 5 Markstücken, 100 Millionen in 1 Markstücken, 100 Millionen in $\frac{1}{2}$ Markstücken und 150 Millionen in $\frac{1}{4}$ Markstücken, in Ganzen also 860 Millionen Stück. Die Nickel- und Kupfermünzen in Betrag von 100 Millionen und zwar 45 Millionen in 10 Pfennigstücken, 15 Millionen in 2 Pfennigstücken und 10 Millionen in 1 Pfennigstück, also 280 Millionen Stück; dazu die Silbermünzen, macht 3660 Millionen Stück. Wenn man davon ausgeht, daß die bisherigen Goldprägungen in der Hälfte ihrer Höhe aufrechterhalten werden sollen, daß die Plättchen für Nickel- und Kupfermünzen in Privatschäften, für Silbermünzen in den Münzen selbst hergestellt werden sollen, so würde von den bisherigen Münzen die Aufgabe, vorläufig ungefähr 500 Millionen Stück Scheidemünze zu prägen, in $2\frac{1}{2}$ Jahr gelöst werden können, da die Leistungsfähigkeit derselben auf 200 Millionen Stück pro Jahr veranschlagt werden kann. —

ben, daß sie nicht mehr das Passirgewicht haben. Ein Preis für die Privatprägung muß also festgesetzt werden. In England besteht zwar nominell kein Preis, aber die Belastung liegt darin, daß durch die längere Dauer der Prägung Zinsverluste entstehen. Dann besteht aber in England die Einrichtung, daß nicht mehr vollwichtige Goldmünzen auf Kosten der Inhaber eingezogen werden; die nicht vollwichtigen Münzen werden also möglichst nach dem Auslande gehen und so das Ausland die Kosten für die Umlenkung tragen, während sie bei uns vom Reiche getragen werden. Diese Kosten stellen sich ungefähr folgendermaßen: Die Prägekosten betragen 2,80 00, der Ertrag der Abreitung 5,00 00, also zusammen 7,80 00. Der nach 25 Jahren zahlbare Betrag auf heute mit Zinseszins berechnet beträgt 13,35 00; rechnet man dazu die gegenwärtigen Prägekosten mit 2,80 00, so erhält man 13,00 00 also ein Pfund rein Gold kostet ausgeprägt 13,92,6 und gilt 13,95 Mark, ergibt also einen Überdruck von 2,4 Mark. Man hat eine große Schädigung des Verkehrs darin gesehen, daß fremdes Silber aus dem Verkehr ausgeschlossen werden soll; ich glaube, daß Beispiel Englands beweist gerade das Gegenteil: Fremde Münzen nicht fern zu halten, ist ein Symptom wirtschaftlicher Schwäche; in Deutschland gerade nicht, weil es bei uns durch die Vergangenheit der Münzgeschichte begründet ist. Ich bitte Sie, unterstützen Sie die Reichsregierung in ihrem Bestreben, damit Deutschland lerne, fremde Münzen fern- und sein eigenes Münzsystem aufrecht zu erhalten.

Abg. S o m b a r t fand die Anomalie, daß §. 1. der Verlage von "Reichsgoldmünze" spreche, während §. 2. die Mark, eine Scheidemünze von Silber, als Rechnungseinheit stabilisire. Das Schenmarkstück, das leider noch keinen Namen habe sei vielmehr dem Münzsystem zu Grunde zu legen, damit dasselbe mit dem Mass- und Gewichtssystem, die gleichfalls auf der Tausendtheilung basirten, korrespondiere. Es schlage für das Schenmarkstück den Namen Kilopfennig vor (große Heiterkeit); der Name würde dasselbe sagen, wie das englische Pfund. Über die Nickelmünzen freue er sich sehr; er hoffe, das Volk werde, um den Namen Groschen aus der Welt zu schaffen, das Schenpfennigstück Nickel nennen. (Heiterkeit.)

Abg. S o m b a r t fand, daß der Vertreter der Reichsregierung auf die Haupthödenen, welche in der Debatte laut geworden seien, gar nicht geantwortet und vermissse eine Erklärung über seine Durchführung.

Präsident D e l b r ü c k: Wenn der Vorredner die nötige Nachsicht in dem bisherigen Vorgehen der Regierung vermischt hat, so kann er diesen Vorwurf nur auf die Einziehung der Silbermünzen beziehen, denn mehr Goldmünzen könnten nicht geprägt werden, als geprägt sind. Die Einziehung der Silbermünzen konnte aber vor Zustandekommen der gegenwärtigen Vorlage nicht gut schneller vor sich gehen, da sie als Material für die neu zu prägenden Silbermünzen dienen sollen. Zugem war die Ungewissheit über die Termine der Zahlung der französischen Kriegschädigung der Regierung hinderlich. Nachdem darüber Klarheit herrscht und die Hoffnung auf Ihre Genehmigung der Vorlage besteht, wird die Regierung bei Einziehung der Silbermünzen mit aller Energie vorgehen, welche die Interessen des Verkehrs irgend gestatten.

Abg. B a m b e r g e r: Von der zweiten Berathung kann ich mir nur einen erproblichen Erfolg versprechen, wenn die Regierung uns vorher über vier Punkte vollkommenen Verübung gibt. Erstens, daß sie den festen Willen hat, in der nächsten Session ein Bankgesetz vorzulegen. Ich weiß wohl, daß sie dabei mit vielen Partikularrechten zu kämpfen hat, aber dieselben sind nicht unantastbar. Wenn irgend ein kleiner Souverän ein Bankprivilegium auf neunzig Jahre ertheilt hat, so können wir dasselbe nicht in saecula saeculorum bestehen lassen, während das Privilegium der großen, preußischen Bank jedes Jahr erneut werden muß. Zweitens, daß die Regierung alle Massregeln treffen will, den österreichischen Gulden fernzuhalten, drittens, daß sie uns einen Plan über die Ausprägung des Goldes und viertens, daß sie uns einen Rechenschaftsbericht darüber vorlegen will, wieviel von den ausgegebenen Goldmünzen in Circulation ist, wieviel noch in den Kesseln der Bank u. s. w. liegt. Ich meine, daß wir mit der Ausgabe sehr vorsichtig sein müssen, so lange das Papiergold nicht eingezogen ist. Ich möchte dabei meinen Freund Unruh über seine Bevorgnis, daß das Gold ins Ausland abfließt, beruhigen. Eine solche Gefahr ist nicht vorhanden; sie war es nur einmal, als wir Gold aus Spanien in Europa aufzustauen, und den Diskonten dadurch in die Höhe trieben. Damals konnte es vortheilhaft sein, das Gold ins Ausland zurückfließen zu lassen. Über die angegebenen Punkte wünsche ich vor der zweiten Lesung erschöpfende Mittheilungen von der Regierung. Im Übrigen wäre es wohl vortheilhaft, daß dieselbe möglichst lange verschoben werde, damit wir uns in Privatsprechungen über Differenzen einigen können.

Damit schließt die erste Lesung; die Verweisung der Vorlage an eine Commission wird fast einstimmig abgelehnt.

Der Präsident theilt mit, daß vom Abg. L a s k e r eine Interpellation, betreffend die Altkriegsverschäfte, und vom Abg. Fürsten P l e k e ein Schreiben eingegangen sei, welches Mittheilung von zwei ihm zu Theil gewordenen Erkenntnissen mache. Das Schreiben geht an die Geschäftsordnungskommission.

Schluss 4½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Gesetz über Kriegsleistungen.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 31. März.

Wie berliner Zeitungen mittheilen, ist die für den letzten Sonnabend in Aussicht genommene Kündigung an die in Berlin und der Mark Brandenburg beschäftigten Buchdrucker gehilfen, welche dem Verband angehören, "einzelnen noch vertagt worden, um die schwedenden Verhandlungen nicht zu durchkreuzen." Der vom Prinzipalverein in der außerordentlichen Generalversammlung zu Weimar (21. März) angenommene Tarif soll heute in den Druckereien Leipzigs eingeführt werden und hofft man, daß hierauf der Vorstand des Gehilfenverbands den in Leipzig seit Wochen bestehenden Streit schließen wird. In Folge dessen würden dann die Verbandsseiter in allen Offizinen wieder aufgenommen werden. Die Hoffnung der berliner Prinzipale stützt sich darauf, daß der Leipziger Verbandsvorstand eine Abstimmung in den 46 Gauverbänden angeordnet hat, ob der von den Prinzipalen aufgestellte Tarif anzunehmen und nach Herstellung des Status quo ante über weitere Veränderungen des Tarifs zwischen Vertretern der Prinzipale und der Gehilfenschaft Berathungen geflossen werden sollen. Die berliner Gehilfen, weniger rücksichtsvoll als ihre Prinzipale, haben bereits beschlossen, den Tarif der Prinzipale, obwohl er den Sezern eine ganz bedeutende Lohnaufbesserung verbürgt, als nicht annehmbar zu bezeichnen, weil die Generalversammlung in Weimar den Gehilfenverband nicht ausdrücklich anerkannt habe. Dieser Tage wird jedenfalls das Gesamtresultat aller Abstimmungen bekannt werden; sollte dasselbe auch nicht eine baldige Versöhnung herbeiführen, so haben wir doch Aussicht, schon in den nächsten Tagen die anormalen Normalzeitungen zu beseitigen und den früheren Zustand wiederherzustellen, wonach jede Zeitung für sich und in zweimaliger Ausgabe erscheint.

Wie man in polnischen Kreisen wissen will, wird in den nächsten Tagen ein erzbischöflicher Erlass erscheinen, durch welchen den weltlichen Lehrern die Ertheilung des Religionsunterrichts an den höheren Unterrichtsanstalten untersagt und die Privatertheilung derselben durch Geistliche, die mit den betreffenden Anstalten in keiner Verbindung stehen, angeordnet wird. — An der hiesigen Realschule hat, wie der "Biarus" mittheilt, der Lehrer Herr F a b i c h sich bereit erklärt, an Stelle des bisherigen geistlichen Religions-

lehrers, Lic. Chotkowski, welcher in Betreff der Unterrichtssprache sich den Anordnungen der Regierung nicht fügen will, den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu ertheilen.

Das erste Westpreußische Grenadier-Regiment Nr. 6 feiert hier morgen sein 10-jähriges Jubiläum. Das Regiment hat eine ruhmvolle Vergangenheit; seine Geschichte nennt die Namen: Bücke, Rappa, Danzig, Gräfenthal, Gr. Görschen, Weißig, Kulm, Bautzen, Dresden, Leipzig, Laon, Paris, Ligny, Nachod, Skalitz, Schweinschädel, Königgrätz, Weissenburg, Wörth, Sedan, Paris. Einladungen sind an alle Offiziere, Aerzte, Beamte ergangen, welche einst dem Regiment angehört haben, sowie an die Vorstände der Garnison und an die dem Regiment befreundeten Herrn vom Civil der Stadt. Viele der Ehrengäste von außerhalb sind bereits erschienen, darunter der frühere Commandeur des Regiments, jetzige Gouverneur von Altona, General v. Flößer. Dagegen wird Erzherzog Leopold von Österreich, Chef des Regiments, an den gleichfalls eine Einladung gerichtet worden ist, nicht erscheinen. Die Feier findet, wie uns mitgetheilt wird, in folgender Weise statt: Schon heute Vormittags halten die Unteroffiziere des Regiments ein Festchießen auf der Esplanade des Kernwerks ab; Nachmittags Schauturnen am Fort Großmann; Abends Festvorstellung im Stadttheater, wobei in lebenden Bildern die Geschichte des Regiments vorgeführt wird. Morgen Vormittags Gottesdienst, Mittags Parade, Nachmittags Diner der Offiziere und Ehrengäste im Feldschlößchen-Saal der Altienbrauerei, während die Unteroffiziere des Regiments im Lambertischen Saale, und die Gemeinen in den Baraden speisen. Der Saal im Feldschlößchen ist sehr geschmackvoll dekoriert. Die Auffahrt des Offiziercorps findet von der Chausse aus statt; die A u s fahrt führt über den Bauplatz nach dem neuen, der Altien-Brauerei gehörigem Wege und von diesem nach der sogenannten Buler Straße. Der Garten, die Colonaden und die Kegelbahn bleiben auch an diesem Tage für das Publikum geöffnet.

† Das I. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium hat soeben sein Programm ausgegeben. Dasselbe enthält eine Arbeit des ord. Lehrers Dr. Kohlmann: "Neue Scholien zur Thebaïs des Statius, aus einer Pariser Handschrift", und Schulnachrichten. Aus dem Lehrerkollegium sind ausgeschieden Dr. Eschenburg, der Direktor Dr. Schaper und Klapp. Es traten dagegen ein der Schulamtscandidat A. St., der Direktor Dr. Schwarz, die Lehrer Köhler und Grubel. Das Gymnasium umfaßt jetzt 8 Klassen mit 15 Schülern, die Vorschule 3 Klassen mit 4 Schülern. Die Anstalt hat jetzt 737 Schüler, incl. 168 Schülern der Vorschule. Entlassen wurden Michaelis 9 und Oster 10 Abiturienten. Das Schuljahr wird am 5. April c. geschlossen; das neue beginnt am 21. April c.

Neueste Depeschen.

Nom, 31. März. Die Kommission der religiösen Körperschaften beendete ihren Bericht derselbe enthält mehrere Abänderungen. Hier nach wird das Erträgnis der Generalalhäuser nach Abzug der Unterhaltungskosten dem päpstlichen Stuhle behufs Erhaltung der Beziehungen mit den ausländischen Orden bestimmt. Die Ordensgenerale haben den Nutzen an der Erträgnis, sowie an den von ihnen bewohnten Klostertheilen. Fremde hierzorige Ordensinstitute werden auch weiterhin durch die bisherigen Administratoren verwaltet, müssen jedoch in einer Frist von zwei Jahren ihre Immobilien in italienische oder Auslandsrente convertiren und sich zu neuen Gesellschaften constituirten, welche sich den italienischen Gesetzen führen müssen.

Madrid, 31. März. „Gazeta“ publiziert das Wahlgesetz. Dem „Imparcial“ zufolge sind 500 Soldaten in Berga von den karlisten gefangen worden. Ein unter den Soldaten ausgebrochener Aufstand ist durch Sumarraga sofort unterdrückt. Zwischen Figueras, Serrano und Totape fand eine Zusammenkunft statt, zur Besprechung über die Freiheit der Wahlen und die Artillerie frage. Die gesetzliche Versammlung von Mitgliedern der Internationale war wenig besucht und fügte keine Beschlüsse. In Malaga durchsuchte ein bewaffneter Haufe mehrere Häuser, auch dasjenige des italienischen Konsuls nach Waffen; sämmtliche Konsule traten infolge dessen zur Berathung zusammen. Der Gemeinderath von Kadiz schaffte den geistlichen Unterricht in den Gemeindeschulen ab.

Staats- und Volkswirthschaft.

* Der Ausgleich zwischen der Oberschlesischen und der Märkisch-Posener Eisenbahn hat stattgefunden, indem beide Bahnen sich verpflichtet haben, gleich hohe Tarife einzuführen und den Güterverkehr auf die beiden beteiligten Verkehrswägen zu teilen. Im Hinblick auf die stattgefundenen Eröffnungen des Betriebes der beiden wichtigen Verkehrswägen Inowraclaw Thorn, der Oberschlesischen Eisenbahn und die bevorstehende Betriebs-Eröffnung der Strecke Altenstadt-Wartenburg, der Thorn-Insferburger Eisenbahn nach welcher sich ein großer Theil der russischen und polnischen Güterbewegung auf jene Linien lenken muß, sollen wir damit das Schiff der Märkisch-Posener Eisenbahn für günstig entschieden, da sie nunmehr ihre berechtigte Stellung als Mitglied für den Verkehr zwischen den Ostdprovinzen und Russland einrund Mitteldeutschland andererseits einnehmen wird, ohne erst in einem Konkurrenzklampf ihre Frachten auch im Niveau von geringer Rentabilität herabgedrückt zu haben.

* Dividenden. Die Aktiengesellschaft Vereinigte Dithmersche Siegeln u. Thonwarenfabriken in Flensburg vertheilt eine Dividende von 7 Thlr. per Aktie, der Kredit-Verein in Mitweida eine Dividende von 13½ Proz., die Maschinenbauunternehmens "Bulau" in Stettin 14 Proz., die Berlin-Charlottenburger Pferdebahn-Gesellschaft wahrscheinlich 20 Proz., der Vorfußverein zu Radeberg 14 Proz. Dividende, die Hernalser Waggonfabrik-Gesellschaft eine Superdividende von 9 Proz., die Amsterdam-Rotterdam Eisenbahn eine Dividende von 6½ Proz., die Dönerer Kommerzialbank eine Dividende von 10 Fl. per Aktie und die Hypothekarkontenbank in Wien eine Superdividende von 45 Fl. per Aktie.

* [Stargard-Posener Eisenbahn.] Die Ausreichung der neuen Couponbogen zu den Prioritäts-Obligationen 1. Emision erfolgt vom 1. April c. ab in Breslau bei der Gesellschaftskasse.

* Börsensteuer. So viel von den Bestimmungen des Entwurfs verlautet, sollen alle Schlußnoten, Schlusszettel, Auszüge oder Abschriften aus Tages- oder Geschäftsbüchern, Schlüsseleine, Schlubriege, Schriften über Kaufs- oder Differenzgeschäfte c. 2½ Sgr. = 0,25 Mark Stempel zahlen, wenn das Geschäft einen Gegenstand von 300 Mark oder mehr betrifft; und zwar so viel Geschäfte, so viel 2½ Sgr., wenn auch nur ein Schriftstück darüber besteht. Eine gleiche Abgabe zahlen alle Rechnungen c. bei einem Gegenstande von 300 Mark und mehr. Die Nichterfüllung der Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe wird mit 30 Mark Strafe für jedes stempelfreie Schriftstück geahndet. — Der Entwurf unterwirft Lombard-Darlehen einer Abgabe von 1/3 vom Taufwert und zwar bei einem Werthe von 300 bis 750 Mark = 1½ Sgr. von 750 bis 1500 Mark = 3 Sgr. c., für jede 750 Mark 1½ Sgr. mehr. Die Nichterfüllung der Verpflichtung wird mit 25 fachem Betrage der hinterogenen Steuer bestraft. — Inländische Wertpapiere zahlen eine Abgabe von 1/2 Prozent

des Nennwertes und zwar von 10 Thlr oder weniger 1½ Sgr. von 10—20 Thlr. c. für jede 10 Thlr 1½ Sgr. mehr. Staatschuldenscheine und Aktien von Wohlthätigkeitsgesellschaften sind von dieser Abgabe befreit. Die ausländischen Wertpapiere sind der Abgabe von 1/2 Sgr. des Nennwertes unterworfen, und zwar beim Werthe vom 25 Thlr. und weniger 1½ Thlr., für jede 25 Thlr. mehr 1½ Thlr. Die Abgaben steigen in die Reichskasse, die Geldstrafen fallen dem Fiskus des Staates zu, von dessen Beförderung die Strafentschädigung c. Ton ist.

* Brüssel, 30. März. [Diskont-Erhöhung.] Die hiesige Nationalbank hat den Diskont von 3%, auf 4% erhöht.

Angekommene Fremde vom 31. März.

ELLENBOGEN VON VARSOPI. Die Rittergutsbesitzer Dr. Friedländer aus Breslau, v. Wedena aus Görlitz, Oberst v. Böck aus Wysztazice, Name aus Fraustadt, Rittmeister v. Treu aus Lissa, die Majore v. Witzleben und v. Henke aus Frankfurt, Hauptmann im 114. Regt. Mache aus Constanz, die Kaufleute Beil aus Stettin, Awendorff, Wurl, Schleifer, Piezmann und Lust aus Berlin, Kramer aus Mainz, Heinze und Gudat aus Brieg, Mai aus Paris, Kramer aus Elberfeld, Heg aus Newhork, Huet aus Danzig, Speier aus London, Hirschwald.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Major Fischer aus Thora, Sekretär Fromme und Frau aus Gnesen, Rentier Wallowska und Tochter aus Woznit, Siegelslebiger Powderborn aus Bromberg, Fabrikant Heinze aus Memel, Ingenieur Krusius aus Meiningen, Doktor Valentini aus Berlin, Lieutenant Krüger aus Czestochowa, die Kaufleute Steffs aus Newhork, Freyhan und Koppel aus Breslau, v. Ciemionek aus Berlin GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Fabrikant Nippold aus Berlin, Gutsbesitzer Meyer aus Ottowa, Kaufmann Cohn aus Glogau, Brauer Arndt aus Lissa, Inspektor Brezski aus Bendlerovo.

SPERN'S HOTEL DE L'EVREUSE. Die Rittergutsbesitzer v. Domęski aus Starlowic, v. Sobierajski und Gemahlin aus Kopyanin, v. Sikorski aus Koszlowo, Landrat Roman aus Pelpin, Probst Lewiszinski aus Breslau, Ingénieur Fürst aus Neuland, Fabrikant Schröder aus Torgau, Doktor Moltmann aus Berlin, die Kaufleute Witoszki aus Trzemeszno, Ottenbach aus München, Menzel aus Berlin, Urning aus Hamburg, Herk aus Braunschweig.

HOTEL ZUM SCHWARZEN ADLER. Die Gutsbesitzer Mancynski aus Motkowa, Szulczenki aus Jeliniec, Szulczenki aus Boguniewo, Brezki und Frau aus Tatowo, die Kaufleute Wierzbicki aus Gnesen, Jaloniecki aus Bieganowo.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Jordan aus Popowo, Szekli aus Chociajlo, Golski aus Gnesen, Rudnicki aus Lissa, Bürger Bumowski aus Schroda, Verwalter Kaledzki und Frau Chodzko.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer v. Jawłowski a. Dobrina, Kapierowicz a. Lechlin, die Gutsbesitzer Vito, Scheffler a. Smolom, Nawrocki, Schmidt a. Breslau, Mathias a. Polatka, Kny a. Kliczewo, Hanz a. Kolatka, Bartkiewicz a. Goslinowicz a. Dąbrowka, Rentier v. Claussen a. Polnisch Lissa, Rendant Schüler und Frau a. Ostrowo, König Kreis-Physius Lützen a. Birnbau, König Detonie-Commissarius Simon a. Bromberg, die Kauf. Biegling a. Ostrowo, Röhrer a. Breslau, Lewinski a. Miloslaw, Minart aus Bromberg, Wollfsohn a. Neustadt, Placzek a. Schwerien, Siegeli-Inspектор Meyenberg, a. Alt-Lüchowberg, Landwirth Kiersch a. Piesko, Pitsch Schröder a. Daleszyn.

HOTEL DE ROME. Die Kauf. Osterkamp a. Springe, Dehlmann a. Berlin, Hebenstreit a. Berlin, Lieut. v. Baerenprung a. Bojanowo, Kauf. Schurgast a. Leobschütz, Betr. S. K. Meffert a. Lissa Rittergutsbes. v. Zalzanski u. Frau a. Sabno, Kauf. Fischer a. Brüssel, Mittergutsbesitzer v. Hiller a. Abenburg, Lieutenant Lehmann a. Löwenberg, die Kauf. Berliner a. Breslau, W. Auerbach a. Breslau, Mühl aus Wiesbaden, Blasche a. Bromberg, Rittergutsbes. Frau v. Jasinska und Tochter a. Wielkow, Kauf. Kahl a. Pforzheim, Abtheilungs-Direktor der Rüdenhütte Gröbe a. Rüdenhütte, Oberst v. Webern a. Verdun, S. Lieut. Schuster a. Görlich, Kauf. Bernhardt a. Berlin, S. Lieut. Tiege aus Glogau, Kaufmann Hirschfeld aus Hamburg, Oberstleut. a. D. v. Brittwitz a. Schmolzsch, Kaufm. Badley aus Scheffield.

Tirschiegel, den 27. März 1873.

Die in der Nr. 144 der Posener Zeitung aus Tirschiegel über die am 25. Oktober pr. stattgehabte Wahl des jüdischen Kaufmanns H. zum Ortsräuber für den Provinzial-Landtag gebrachte Notiz enthält eine gefälschte Entstehung der Wahrheit, ist nur auf Persönlichkeit zurückzuführen und bitte ich um folgende Berichtigung:

Als das Resultat der Abstimmung gezeigt hatte, daß die Wahl auf einen Juden gefallen, habe ich nicht versucht, dieselbe zu hinterziehen, oder, wie die gegen mich unter dem 23. November pr. bei der Königlichen Regierung erhobene Beschwerde sich ausdrückt, zu annullieren, nur vergewissern wollte ich mich von der Lage der gegenwärtigen Gesetzgebung und darum habe ich die Generalacten zur Hand genommen, flüchtig in denselben gesucht, die dazwischen geworfene Frage, seit wann denn Juden nicht gewählt werden dürfen, mit den Worten beantwortet: "Ich glaube, es reichen Bestimmungen bis in die neuere Zeit", und dann, als ich Punkt 1 des Ober-Präsidial-Erlaß vom 30. October 1866 gelesen, laut und vernehmlich erklärt: "Die Bestimmungen, welche die Juden von der Teilnahme an den ständischen Wahlen ausschlossen, sind vollständig aufgehoben; die heutige Wahl ist gültig."

Seitens der Königlichen Regierung ist nicht nach acht Monaten, sondern unterm 25. Januar c. Bescheid gegeben und die Beschwerde schrift auf meinen Antrag an die Königliche Staatsanwaltschaft zur Verfolgung der Verlämmer abgesandt worden. Die Untersuchung ist im Ganze.

Bigner,
Bürgermeister.

Magenverschleimung und Appetitlosigkeit.

Berlin, den 13. September 1872. Ew. Wohlgeboren erfürche, mir 24 Flaschen des mir so wohlthätig wirkenden Magenextraktes senden zu wollen. Meine Magenverschleimung hat der Genuss der ersten 12 Flaschen schon bedeutend beseitigt c. E. v. Tempelhoff, Halleisches Ufer 26.

Posen, den 31. März 1873.

Königl. Fr. Wilhelm's Gymnasium.

Nach der Zahl der aus der Stadt Posen in Folge der Bekanntmachung vom 15. d. geschehenen Anmeldungen muß schon jetzt die Aufnahme neuer Schüler in allen Klassen des Gymnasiums und der Oberschule — bis auf die I. Klasse der Oberschule und die oberen Klassen des Gymnasiums — als geschlossen angesehen werden und können nur falls bis zum 21. April durch Abgang Vacanzen eintreten sollten, dementsprechend einzelne Schüler in den event. freiwerdenden Stellen noch Aufnahme finden.

Dr. W. Schwartz,
Direktor.

Posen, den 27. März 1873
Von Seiten des hies. Friedr. Wilhelms-Gymnasiums wird beansprucht, den früheren Schülern desselben, welche in den Kriegen 1864 1866 1870—7 den Tod für das Vaterland erlitten, in der Aula der Anstalt eine Gedenktafel zu errichten. Das Programm v. 3 1871 enthält schon eine Zusammenstellung, verschiedenste hiher gehöriger Namen zur Ver Vollständigung derselben ergibt, an Verwandte und Freunde der betreffenden Schülers der Erinnerung weitere Mittheilungen der Art bis zum 1. Mai d. J. an den Unterzeichneten gelangen lassen zu wollen. (Vaters- und Vornamen, Todestag, Truppenteil: Charge, Zeit d. Aufenthalts auf den Gymnasium.)

Dr. W. Schwartz,
Direktor und Professor.

Ein Real Schüler, evang., mit der Reife für Oberleutnant, kann als Eleve mit 5 Thlr. monat. Tascheng. bei Apotheker C. Wolf in Neumarkt (Posen) eintreten.

Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich mein bedeutendes Lager in fertigen, und unfertigen Pkz-Artikeln zu auffallend billigen Preisen.

A. Kurcka.
Wilhelmsstr. 8. 2 Treppen links.

Wilhelmsstraße 9

vis-a-vis Hotel Mylius

Schirm-Nouveautäten
der Schirmfabrik
Berthold Doctor & Co., Berlin.

Das Confections-Geschäft von J. Słomowska, Wilhelmsstraße 24 empfiehlt ihre Neuheiten.

Handschuh!
Eine neue große Auswahl Glacé-Handschuhe empfiehlt S. Knops, Schloßstr. 4.

Baumwollens-Fließe, ganz weiß verkaufst ausschließlich Lud. Thilo in Breslau, Nikolaistr. 78.

מְשִׁקִים עַל פָּסָה
בְּחִכְשֵׁר נְכֹזֶר

Alle Sorten Weine, Liqueure Spirituosen, Bier-Meth, Bimber Gelece u. s. w. offerit zu billigsten Preisen Meyer Hamburger, Judenstr. 27

Ber Matzes in der Zeit begeht. Dem werden Vorzugspreise gewährt bei S. Bamberg 6 Friedrichstraße 6.

Ostsee-Dörschische, die sich zu Kochen braten und marinieren eignen sind zu soliden Preisen zu haben bei Winkelmann Klosterstr. und Breitestr. Ede.

Heute sind auch richtige Büding eingetroffen.

Grubenschienen zu Gleisen fast vorzüglich bei Samuel Herz, Posen.

Preußische Lotterie-Losse faust

zur bevorstehenden 4. Klasse 147. Preußische Lotterie mit hoher Advance und bietet um Offerten unter Zusicherung freigest. Discretion.

(1873.) C. Hahn in Berlin, Jerusalemstr. 11.

40 bis 50 Meter Fichten-Holz, welches sich zur Verarbeitung für Böttcher eignet, werden zu kaufen gesucht. Geff. Offerten mit Angabe d. Preis je sub U. C. 543 durch die Anconen-Espedition von Haassenstein & Vogler in Breslau erbeten.

Freiwilligen-Examen. Neuer Cursus beginnt 15. April. Pension. Posen, St. Martin 25/26. Dr. Theile.

Neuestes Klärmittel für Bierbrauer

ohne Späne und Hauensklase, 10 Liter mit 18 Kr., Nr. 2 besten Münchner Bierensaft selbst zu bereiten, Schutz gegen falsche Gährung; Nr. 3. Feinstes Bierboquet zur Bährung, nicht schädlich; Nr. 4. Dem Bier ohne Kräusels Mousse (Mischschaum) zu geben. Diese 4 werthv. Vorschriften für über- und unterg. Biere kosten 5 Thaler mit Garantie v. Chemiker Creuzburg. Verfasser der Theorie und Progs der Bierbrauerei

A. Creuzburg in Heldburg b. Coburg.

Deutsche Lotterie.

Ziehung der 15000 Gewinne am 4. Juni cr.

Loose à 1 Thlr. Pläne ec. bei den Lotterie-Einnahmern Ed. Bote & G. Bock, Wilhelmsstraße, Ed. Jansen Nachfolger.

Notizen schreiber

Wer viel bringt,
Bringt jedem etwas.

15 Silbergroschen

quartaliter. Erscheint in Berlin Sonnabend Abend, in der Provinz Sonntag früh.

Epilepsie

jeder Art der Epilepsie wird in kürzer Zeit gründlich und radical geheilt; über 900 Fälle resp. Dauerkuren. Recept v. spezielle Gebräuchsanweisung gegen Einsendung von 2 Thlr. zu beziehen durch den approv. Apotheker Altrock, Paschau in Schlesien.

Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Zum 1. April wird ein deutsch und polnischer

Wirthschaftsinspektor bei 200 Thlr. Gehalt gesucht. Zeugnisse sind der offerte beizufügen.

Näheres in der Expedition dieser Zeitung unter Chiffi. D. G.

Ein Wirthschaftsbeamter findet vom 1. Juli c. ab Stellung Gehalt 120 Thlr. Näheres durch Louis Streisand. Grätz.

Wirthschafterin gesucht

für ein kleineres Rittergut in hiesiger Provinz wird zu Johann eine tüchtige, beider Landes-Sprachen mächtige Wirthschafterin mit außen Bezeugnissen verlangt.

Bewerbungen sub Chiffi. L. # 61 nimmt die General Agentur der Anconen-Expeditioon von G. L. Daube u. Co. in Posen entgegen.

Ein ev., der deutschen und polnischen Sprache mächtiger, junger Deconomist soll ein Jahr die Wirthschaft gelernt, findet nötigenfalls auch obige Version, zu seiner weiteren Ausbildung Aufnahme am 1. Juli c. Meldungen unter der Adresse Mr. G. postea rest. Raelow.

Ein deutsch- und polnisch sprechender Wirthschafts-Beamter, findet sofort Anstellung auf dem Dom-Hauswald, bei Gollancz. Gehalt 100 Thlr.

Zum 1. April wird ein zweiter Beamter für eine größere Wirthschaft gesucht. Gehalt 80 Thl. und freie Station.

Zu melden Ziegengasse 19 1 Tr.

Ein gebildeter junger Mann kann die Landwirthschaft auf einem größeren Gute ohne Penionszahluug vom 1. April ab erlernen. Zu melden Ziegengasse 19 1 Tr.

Eine Partie Feldsteine ist zu verkaufen Schuhmacherstraße Nr. 1.

Einen Lehrling sucht die Uhrenbandlung von B. Dawczyński

Ein Haushaushalt oder Arbeiterhaus für ein Buderwagensgeschäft verlangt. Zu erfragen bei Braun, Friedrichstr. 1.

In der Kunst und Schän-Gesellschaft von F. W. Rahn. wird ein Lüttiger Härbergehilfe der die gewisse Woche vorzieht, eine Pleiterin und eine Hässlerin. Halbdorffstr. No. 2.

Stettin-Kopenhagen

A. I. Posidampfer. "Titania" Capt. G. Biemke.

Absahrt von Stettin jeden Sonnabend Nachmittags 1 Uhr.

Kopenhagen jeden Mittwoch Nachmittags 3 Uhr.

I. Tag 6 Thlr., II. Tag 3 1/2 Thlr., D. 2 Thlr.

Hin und Rückbillets werden am 20 % ermäßigt.

Rud. Christ. Gribel in Stettin.

Altes Gußeisen

kaufst zu höchsten Preisen

J. Moegelin.

Auf dem Majorat Koscelnica bei Uniejów 3 Meilen von Turek in Polen stehen 250 Stück schwere fernseitige Hammel zum Verkauf. Nähe Auskunft am Orte durch Unterzeichneten

Weinhauer.

In Folge Überführung meines bisherigen Kurengesetzes als Kreisstratege nach Schwerin suchte ich zum 1. April cr. einen anderen, routinirteren Landes-Sprachen mächtigen, soliden Bureaumann, segn frei Station und Gehalt nach Ueberkommen.

Newstadt b. Pinne, d. 26. März 1873

Müller, Königl. Distrikts-Commiss.

Gin Lehrling

um sofortigen Antritt wird gesucht

Markt 83. Markt 83

Russak & Czapski.

Ein Laufbursche kann sich melden bei Markt 83. Markt 83

Russak & Czapski.

Eine Partie Feldsteine ist zu verkaufen Schuhmacherstraße Nr. 1.

Einen Lehrling sucht die Uhrenbandlung von

B. Dawczyński

Ein Haushaushalt

oder Arbeiterhaus für ein Buderwagensgeschäft verlangt. Zu erfragen bei

Braun, Friedrichstr. 1.

In der Kunst und Schän-Gesellschaft von F. W. Rahn. wird

ein Lüttiger Härbergehilfe der die

gewisse Woche vorzieht, eine Pleiterin

und eine Hässlerin. Halbdorffstr. No. 2.

Ein Hausmeister

oder Arbeiterhaus für ein Buderwagen-

geschäft verlangt. Zu erfragen bei

Braun, Friedrichstr. 1.

In der Kunst und Schän-Gesellschaft von F. W. Rahn. wird

ein Lüttiger Härbergehilfe der die

gewisse Woche vorzieht, eine Pleiterin

und eine Hässlerin. Halbdorffstr. No. 2.

Ein Hinterbliebenen.

Eine gut erhaltenen schön verzierten

eiserner Naben steht billig zum Verkauf

Conditori

Wilhelmsplatz 12.

Emil Tauber's

Volksgarten-Theater.

Dienstag, den 1. April

Erste große Vorstellung

des

Charles Grosby's

great Royal-Tycoon-Troupe-Japanese and American Acrobats

aus dem Crystal-Palast und Alhambra in London, sowie des Wunderknaben genannt:

"Little Todd".

Entree-Preise während dieser Vorstellungen: SGerritz auf einer Tribüne 10 Sgr. Entree an der Kasse 7 1/2 Sgr. Lagesbillets an den bekannten Verkaufsstellen 5 Sgr.

Die Gesellschaft gibt nur 6 Vorstellungen. Die Direktion.

Orchester-Verein.

Dienstag den 1. April, Abends 7 1/2 Uhr, im Saale der Loge

Musikalische Abendunterhaltung.

Einführungen sind nur gegen Karten gestattet, die durch Mitglieder in der Schlesinger'schen Buchhandlung zu erhalten sind. — Die Mitglieder der Loge bedürfen keiner Einführung.

Der Vorstand.

Offizier-Corps

des Landwehr-Bataillons (Posen)

Sonnabend den 5. April,

Abends 8 Uhr;

Gesellige Zusammenkunft bei Muldaur.

Das Comité.

Stadt-Theater.

Dienstag den 1. April 1873.

Zum Benefit für Fräulein Hermance Szczepanska.

Die Spitzen-Dame.

Originallebensbild mit Gelang und Tanz in 3 Akten und 5 Bildern von

Dr. Hugo Müller.

Musik von R. Bial. (Weber 200 Mal am Wallner-Theater in Berlin gegeben.)

Im 3. Bild: Mazur, im Nationalsohn zu 4 Paaren, getanzt von Mitgliedern des hiesigen polnischen Theaters aus besonderer Gefälligkeit f. d. Benefiziantin.

Dann: Großer Marschus. I. A.: Confessionen. — Staat und Kirche. — Neues Stadttheater. Eisenbahnkönig Strousberg. — König Amadeus. — Kaiserin Eugenie. — Luise. — Isabella von Spanien u. a. mehr.

Im 5. Bild: Einlage: Tanz der Bergbewohner (aus der Oper "Halka") unter gefälliger Mitwirkung geschickter Dilettanten, arrangiert von Hen. Zuburski, Mitglied des polnischen Theaters.

(Tanz Goralskie układu Zelustawa Zuburskiego.)

Manches Neue und Gute ist im Laufe dieser Saison von Opern, Schauspielen und Lustspielen über unsere Bühnen gegangen, nur die Posse wurde mehr als lärmstümlicher Novität aus einem einzigen Aufzug erwähnt.

In Bezug auf Ausstattung, Inszenierung und Belebung ist alles getan, um nach Kräften eine gute Aufführung zu ermöglichen.

Somit darf ich mir wohl unter Sicherung eines recht vergnügten Abends erlauben, zu recht zahlreichem Besuch meiner Benefizvorstellung hierdurch einzuladen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Banometer $\frac{1}{2}$	über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkenzust.
29. März	Raum. 2	28°	0°	94	+	ganz heiter.
29.	Uhnd. 10	28°	1°	16	+	ganz heiter.
30.	Raum. 2	28°	1°	22	+	heiter. St. Cu.
30.	Raum. 2	28°	0°	83	+	11°
30.	Raum. 2	28°	0°	38	+	6°
30.	Uhnd. 10	28°	0°	16	+	ND 1
31.	Raum. 6	28°	0°	16	+	ganz heiter. St. Rf.

Wasserstand der Warthe.
Posen, am 29. März 1873 12 Uhr Mittags 162 Meter
30 158

Kurje zu Posen

am 31. März 1873

(Liquidationskurse ultimo März 1873.)

Tellus-Aktien 113, Dörfert. Silberrente 67, Tial. Rente 63, Dörfert. 1860x Gold 96, Gal. 103, Franz. 204, Lomb. 117, Rumänische GA. 46, Türk. 50, Anl. 53, Dörfert. Kreditaktien 207, Märkisch-Pol. GA. 56, Schlesischer Westb. 56, Schweizer Unionb. 26, Südtirol-Limb. GA. 32, Ostsiedische Bankaktien 98, Ostsiedische Produkte 84, Posener Wechselbank 96, Zentralbank für Gen. 134, Schles. Bankverein 160, Berliner Bankverein 161, Südende 125, Sommerfeldsche Martin 118, Chemnitzer Rosenthal 111, Breslauer Delakien 89, Diskonto Kommandit 305. Alle übrigen Effekten werden nach den Durchschnittscoursen der Berliner Börse vom 28. cr. regulirt.

Fonds. Posener 34%, Pfandbriefe 95, G. do. 4% nesse do. 91, b. do. Rentenb. 93, G. do. Provinz-Bankaktien 111, B. do. Spreng. Provinz-Oblig. 100, b. do. 6%, Kreis-Obligationen 100, G. do. 5%, Odra-Weltkredit. 100, G. do. 4%, Kreis-Oblig. 93, B. do. 4%, Stadtoblig. II. Em. 90, b. G. do. 5%, Stadt-Oblig. 100, b. do. preuß. 3% prozent. Staatsschuld 90, G. do. 3% prozent. Staatsanl. 97, B. do. 4% prozent. Staatsschuld 90, G. do. 3% prozent. Bräm.-Anl. 127, B. Nord. Bundesanl. —, Markt-Posener Ettenb. -Stamm-Aktien 66, b. russische Banknoten 82, b. ausländische do. 99, G. Tellus-Aktien (Baukunst, Chłopowki, Blater & Co.) 113, G. Odra Bank 98, b. Osts. Produkt. Bank 85, G. Provinz-Beh. u. Distl. Bank 96-97, b. Aktien Kwieck, Potocki & Co. 93, G. poln. 4% prozent. Liquidationsbriefe 62, G.

(Amelius' Bericht.) **Roggen** Rundigungs- und Regulierungspreis 51, b. vr. März 51, b. März-April —, Frühjahr 51, b. April-Mai 51, b. Mai-Juni 52, b. Juni-Juli 52.

Spiritus (mit Baj.) Rundigungs- und Regulierungspreis 17, b. März 17, b. —, April 17, b. —, Mai 17, b. Juni 18, b. Juli 18, b. August 18, b.

[Börsenbericht.] **Wetter** schön. **Roggen**: matt. pr. März 51, b. Frühjahr 51, b. April-Mai 51, b. u. G. Mai-Juni 52, b. u. G. Junt-Juli 52, b. u. G. Juli-August 53, b.

Spiritus milder. pr. März 17, b. —, April 17, b. —, Mai 17, b. —, Juni 18, b. —, July 18, b. —, August 18, b.

W. Posen, 31. März. [Fondsbericht]. Bei abwartender Haltung war das Geschäft wenig belebt. Schluss ziemlich fest. — Ostsiedische Bank 98, b. Ostsiedische Produktebank 88, G. Posener Wechselbank 76-77, b. Tellus-Aktien 113, G. Märkisch-Posener 54, b. Gold Mindeburg 163, b. Halle-Sorau-Gubin 63, G. Rumänier 46, b. Schlesischer Westbahnhof 66, b. u. B. Lüttich-Limburger 32, G. Schlesischer Union 27, b. Kranojen 204, G. Lombarden 117-117, b. Dörfert. Kredit-Aktien 206, b. Dörfert. Silberrente 67, b. Türk. 53, b. Amerikaner 96, G. Dörfert. Papierrente 65, G. Bresl. Diskonto 119, G. Südende 126, B. Centralbank für Bauten 245, b. Hannover-Altonaer 70, G.

Jonds- u. Aktienbörsle.

Berlin, den 29. März 1873.

Deutsche Fonds.

Ausländische Fonds.		Disl. Kommandit.		Röd. Wiss. do.		Röd. B. b.		Gesetziger		
Amer. Anl. 1881	6	100	b	G	do. 145	b	G	90	b	
do. do. 1882	6	96	b	G	do. 127	b	G	91	b	
do. do. 1885	6	98	b	G	do. 120	b	G	92	b	
Newyork-Stadtanl. 7	97	G	do. 109	b	G	do. 99	b	93	b	
do. Goldanleihe 6	96	b	G	do. 93	b	G	101	b	94	b
Finn. 10 Thlr. Borse	—	10	etw b	G	do. 183	b	G	70	b	
Italienische Anleihe 5	63	b	G	do. 140	b	G	92	b	95	b
Ital. Tabaks-Ob.	62	b	G	do. 108	b	G	94	b	96	b
do. Tab.-Akt. 70%	6	682	G	do. 147	b	G	92	b	97	b
Destier. Pap.-Rente 4	65	b	G	do. 67	b	G	100	b	101	b
do. Silberrente 4	67	b	G	do. 185	b	G	97	b	98	b
Dest. 250fl. Pr. Do. 4	99	B	do. 97	b	G	do. 84	b	98	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 206	b	G	91	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 181	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 140	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 108	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 147	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 67	b	G	100	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 185	b	G	97	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 97	b	G	98	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 84	b	G	95	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 181	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 140	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 108	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 147	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 67	b	G	100	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 185	b	G	97	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 97	b	G	98	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 84	b	G	95	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 181	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 140	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 108	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 147	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 67	b	G	100	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 185	b	G	97	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 97	b	G	98	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 84	b	G	95	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 181	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 140	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 108	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 147	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 67	b	G	100	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 185	b	G	97	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 97	b	G	98	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 84	b	G	95	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 181	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 140	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 108	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 147	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 67	b	G	100	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 185	b	G	97	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 97	b	G	98	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 84	b	G	95	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 181	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 140	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 108	b	G	94	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do. 147	b	G	92	b	
do. 100fl. Kred. 2.	—	128	b	G	do					